

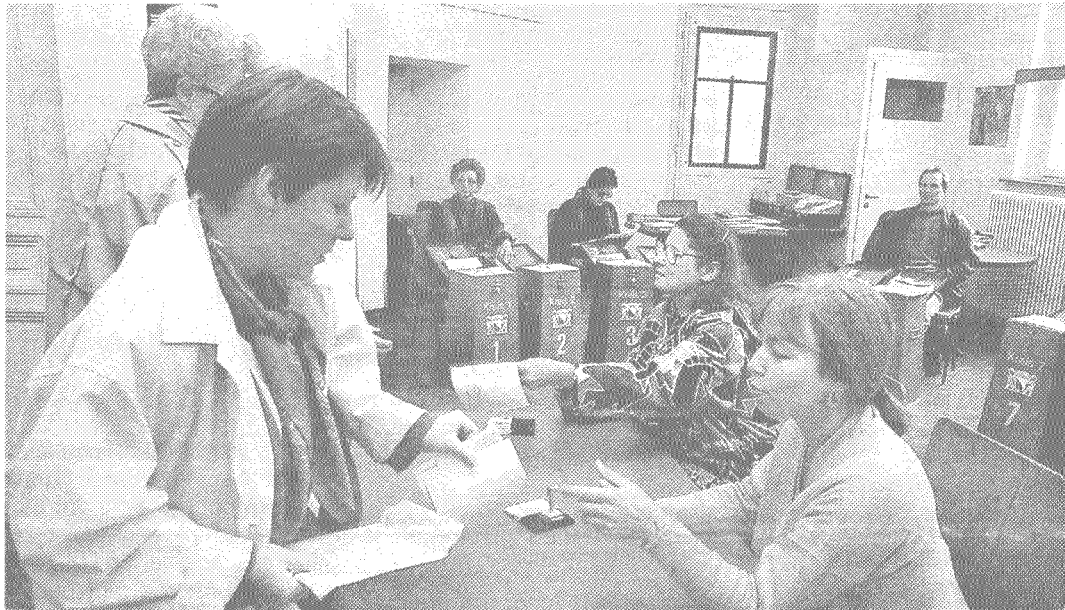
Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Sieben auf einen Streich

10563



Am 17. Mai werden die Schweizerinnen und Schweizer über sieben eidgenössische Vorlagen abzustimmen haben. – Überforderung?
(Photo RDZ)

Über sage und schreibe sieben Vorlagen werden wir am 17. Mai 1992 allein auf eidgenössischer Ebene abzustimmen haben. Zeichen der Überforderung der Parteien (Abstimmungskampf, Parolenfassung), der Medien und am Schluss wohl auch der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind erkennbar. – Aber wir wollen nicht klagen, sondern uns lieber einen ersten Überblick über die Abstimmungsvorlagen verschaffen.

AMK Zwei Vorlagen, über die wir am 17. Mai abstimmen, gehören eng zusammen. Die Schweiz soll den Institutionen von Bretton Woods beitreten. Dazu muss das Volk den Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz und das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods annehmen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

● Gegen die Revision des fünfzigjährigen Sexualstraf-

rechts wurde ebenfalls das Referendum ergriffen.

● In der Verfassung soll ein Artikel über die Schaffung eines Zivildienstes aufgenommen werden. Die praktische Gestaltung des Zivildienstes wird erst später durch das Gesetz bestimmt.

● Ein neuer Verfassungsartikel soll den Menschen und seine Umwelt vor Missbräuchen in der Fortpflanzungs- und Gentechnologie schützen.

● Das neue Gewässerschutzgesetz wird unsere Bäche, Flüsse und Seen sowie das Trinkwasser besser schützen und auch verhindern, dass Gewässer durch übermässige Nutzung austrocknen. Mit der Begründung, das gehe zu weit, wurde dagegen das Referendum ergriffen.

● Weiter als das Gesetz gehen wollen die Initianten der Gewässerschutz-Initiative. Sie beschäftigt sich aber nur mit der Nutzung und Verbauung fließender Gewässer.

Lesen Sie ab Seite 13.

Liberales Kontakte



AMK. Der «Freisinn» hatte Gelegenheit, mit Vaclav Klaus, Finanzminister der Tschechoslowakei und Präsident der Demokratischen Bürgerpartei, ein Gespräch über die Probleme seines Landes und seiner Partei zu führen. Aber die Freisinnigen reden nicht nur, sie handeln auch. Seit einem Jahr besteht ein «Fonds Osteuropa». Mit Mitteln aus diesem Fonds hilft die FDP beim Aufbau von liberalen Parteien in ehemaligen Ostblockstaaten mit. Diesem «Freisinn» liegt ein Einzahlungsschein bei, mit dem wir Sie bitten möchten, unsere Arbeit zu unterstützen.
(Photo AMK)

Lesen Sie ab Seite 5

Inhalt

- Stehen uns politische
Wendjahre bevor?
Diese Frage stellt FDP-
Nationalrat Paul Wyss
(BS) ab Seite **10**
- Eine Einladung finden
Sie auf Seite **14**
- Interessante Leserbriefe
veröffentlicht der
«Freisinn» ab Seite **17**

Flächenbrand im Kaukasus

Für Armenien war es im Grunde eine Kriegserklärung, als im vergangenen November das aserbeidschanische Parlament in Baku den Abschuss eines Helikopters über Nagorni Karabach zum willkommenen Anlass nahm, um die Autonomie der armenischen Enklave aufzuheben. Seither steigerten sich die Kämpfe nahezu zum regionalen Krieg, der im ganzen Kaukasus und darüber hinaus einen Flächenbrand entzünden könnte. Erneut ist (West-)Europa gefordert.

Jacques Baumgartner

Seit dem Zusammenbruch und der Auflösung der sowjetischen Kolonialmacht erstreckt sich Europa geographisch nicht bloss vom Atlantik bis zum Ural. Politisch reicht Europa bis nach Zentralasien. Das heisst, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist seit Ende Januar bis in die Tiefe zentralasiatischer Steppen ausgeweitet worden. Die KSZE sollte heute korrekterweise «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in Zentralasien» heissen, kurz KSZEZ.

So gesehen kann der Konflikt zwischen Armenien und Aserbeidschan um Nagorni Karabach die (West-)Europäer nicht gleichgültig lassen. Die derzeit noch regionale, blutige Auseinandersetzung um die in Aserbeidschan gelegene armenische, sich über 4400 Quadratkilometer erstreckende Enklave Nagorni Karabach könnte sich zum Flächenbrand im Kaukasus, letztlich zu einem Brand, wenn nicht gar Krieg, mit internationaler Dimension ausweiten.

Auslöser

1988 entstand in Armenien die Karabach-Bewegung, die eine Wiedereingliederung der Enklave forderte. Die «Bewegung» wurde zum Katalysator der Revolution in Armenien. Sie setzte auch das erste Zeichen des beginnenden Zerfalls der Sowjetunion.

Die Forderung nach «Rückgabe» der Enklave verletzte die empfindlichen, weil mit

schwacher historischer Identität ausgestatteten Aserbeidschaner. Für sie bedeutete das eine Verletzung ihres Territoriums. Auf beiden Seiten formierten sich bewaffnete Gruppen. Sowjetische Truppen, die nach Ausschreitungen gegen die armenische Bevölkerung im Januar 1990 nach Baku entsandt wurden, stiessen auf bewaffneten Widerstand von Kämpfern der aserbeidschanischen Volksfront.

Gründe

Die Armenier sind seit etwa dreitausend Jahren im Transkaukasus ansässig. Ihre Kultur, ihre Sprache gehört zu den ältesten Literatursprachen der Welt. Die Armenier sind Christen. 1828/29 kamen grosse Teile Armeniens unter die Herrschaft des russischen Zaren. Aus dieser Zeit datieren die ersten blutigen Auseinandersetzungen mit den Aserbeidschanern.

Um Aserbeidschan haben Mongolen, Perser und Osmanen («Türken») gestritten. Im 18. Jahrhundert setzte das zaristische Russland seine Vorherrschaft durch. 1936 wurde das erdölsreiche, heute aber bald «erdöltrockene» Aserbeidschan eine sozialistische Sowjetrepublik.

Hunderttausende von Armeniern wurden 1915 im Osmanischen («Türkischen») Reich umgebracht; es war ein Völkermord. Die Sowjetrepublik Armenien entstand 1920, und die Armenier schätzten den Schutz der Sowjetunion beziehungsweise des christlichen Russland in einer islamischen Nachbarschaft. 1923/24 kam Nagorni Karabach zu Aserbeidschan und wurde mit beschränkter Autonomie ausgestattet.

Seither wurden die Armenier in Nagorni Karabach doppelt unterdrückt, durch die sowjetische Zentralregierung in Moskau (solange diese existierte) und durch die aserbeidschanische Regierung in Baku. Drei Jahre nachdem Michail Gorbatschew seine Politik der Perestroika und der Glasnost 1985 eingeführt hatte, explodierte die «Karabach-Zeitbombe».

Gefährdung der Union

Gorbatschew erkannte die Gefahr, die für den Bestand der Union von Nagorni Karabach beziehungsweise der Forderung der Karabach-Bewegung nach Wiedereingliederung der Enklave ausging. Aserbeidschan seinerseits forderte als Preis für die Unterstützung der Gorbatschew-Politik die Enklave «endgültig», und Gorbatschew akzeptierte. Aserbeidschanische Sondertruppen und die reguläre sowjetische Armee begannen, die armenische Bevölkerung aus Nagorni Karabach zu vertreiben; es kam zu Massakern. Die USA protestierten, und die brutale Deportation wurde eingeschränkt, dafür aber die Wirtschaftsblockade gegen Nagorni Karabach und Armenien verstärkt. Und im übrigen begrüsst Aserbeidschan, als einzige exsowjetische Republik, den Putschversuch der Kreml-Konservativen am vergangenen 19. August.

Seit September bemühte sich Armenien um eine Verhandlungslösung. Ende Februar richtete das Parlament in Nagorni Karabach einen verzweifelten Hilferuf nach New York und forderte die Entsendung von Uno-Truppen. Bis jetzt hat Armenien darauf verzichtet, eine Nationalgarde oder eine eigene Armee zu bilden. Aserbeidschan verfügt über eine Nationalgarde und hat damit begonnen, eine Armee aufzubauen.

Internationale Dimension

Der Konflikt hat auch eine inneraserbeidschanische und internationale Dimension. Für die in Opposition stehenden moslemischen Fundamentalisten ist der Konflikt ein Mittel,

um den im September frei gewählten Präsidenten zu stürzen. Hinzu kommt, dass Iran und die der Atlantischen Allianz (Nato) angehörende Türkei immer massiver für ihre jeweiligen «moslemischen Brüder» in Aserbeidschan die Partei ergreifen; beide erstreben eine Schutzmachtfunktion über die moslemischen Nachfolgestaaten der Exsowjetunion.

Der Konflikt weist auch eine nukleare Dimension auf. In Aserbeidschan lagern taktische Nuklearwaffen, die zwar von den ehemaligen sowjetischen Streitkräften kontrolliert werden, aber die Gefahr ist gegeben, dass islamische Fundamentalisten Zugang zu diesen Waffen finden beziehungsweise bereits Zugang zu den Arsenalen haben.

Das russische Fernsehen sprach am 11. Februar unter anderem über «Furcht vor atomarer Zusammenarbeit». Ein Gedanke verfolge die USA wie ein Albtraum: «Es gibt bereits Behauptungen, dass Iran versuche, durch Zentralasien Zugang zu atomaren Geheimnissen zu erlangen.» Dasselbe hatten griechische Zeitungen auch über die Türkei geschrieben, «das heisst, sie verfügen über Angaben, die das Bemühen Ankaras nachweisen, Atomwaffen in den früheren Sowjetrepubliken zu erwerben».

Einer der Gründe, weshalb sich die KSZE bis nach Zentralasien «verirrte», ist das Argument, man müsse die moslemischen Republiken an sich ziehen, damit sie nicht in «extremistisches Fahrwasser» gerieten. Hinter diesem Argument steht die Angst vor einer massenhaften Infiltrierung riesiger Gebiete südöstlich des Urals mit islamisch-fundamentalistischen Ideen und steht die Angst vorab vor «vagabundierenden Nuklearwaffen». Um diese Angst zu überwinden, den Karabach-Konflikt beilegen zu helfen, brauchte die KSZE echte Zähne. Aber über solche verfügt sie nicht, wie schon der Jugoslawien-Konflikt vor den Toren Westeuropas gezeigt hat. □

Hermann Lei: Ab 1. Juni 1992 Regierungsrat

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Ich hoffe auf eine freiheitliche Schweiz in einem föderalistischen und starken Europa.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die schweizerische Kleinlichkeit und Unzufriedenheit. Die weltweite Bevölkerungsexplosion.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Wichtig: Das Rad. Entbehrlich: Das Fernsehen.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Ihre Vielfalt und ihre Überschaubarkeit.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Pessimismus und Ziellosigkeit.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheit möglich»?

Nein. Fortschritte sind nur über Einzelpersonlichkeiten möglich.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil die FDP die Partei der Freiheit ist und gegen bürokratische Erstarrung kämpft.

präsident und Mitglied des Gemeindeparlamentes von Weinfelden, Gemeindevorstand von Weinfelden, Verwaltungsratspräsident der Mittel-Thurgau-Bahn, Fraktionschef der FDP-Grossratsfraktion. Ab 1. Juni 1992 Regierungsrat des Kantons Thurgau.

Liebste Tätigkeit: Von englischem Schloss zu englischem Schloss reisen. □

Schwäche: Ungeduld. Stärke: Ausdauer.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

König Juan Carlos von Spanien.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch klares Denken und einen starken Glauben.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Ich bin froh, dass es das gibt.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Schwäche: Ungeduld. Stärke: Ausdauer.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Adalbert Stifter: Witiko.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Bücher lesen, Holzen und mit dem Hund spielen.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Fliegen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Thomas Hürlimann, weil mich dieser Dichter sowohl beunruhigt wie fasziniert und ich ihn besser verstehen möchte. □



Mit einem Glücksschwein gratulierte die SVP-Fraktion Hermann Lei zu seiner Wahl in den Regierungsrat des Kantons Thurgau.

Kurzbiographie

Hermann Lei

Zur Person: Geboren am 25. April 1937. Verheiratet mit Barbara, geb. Baudenbacher (eine Tochter 1970, ein Sohn 1972). Dr. phil. I, Studium von Geschichte und Literatur, Militärdienst (Major), Hobbies: Wandern, Reisen, Lesen (Geschichte und Literatur).

Alter: 55

Berufliche Stationen/

Politischer Werdegang: Lehrer für Geschichte am Lehrerseminar Kreuzlingen, Schul-

Zurück zum Radikalismus

Wem Krimis als Nachtlektüre keine schlaflosen Nächte bereiten, der lege sich Dr. Walter Wittmanns neuestes Buch, «Marktwirtschaft für die Schweiz», unter die Lampe.

Dr. Werner C. Hug*

Wer von Sofakontingenten, kartellistischen Absprachen, staatlich zugeteilten Marktnischen lebt und ein schlechtes liberales Gewissen hat, der verinnerliche die 25 in sich abgeschlossenen Kapitel zur Marktwirtschaft als Wort zum neuen (freisinnigen) Tag. Wer aber Angst hat, in den eigenen Spiegel zu schauen, und die nackte Wahrheit nur schwer erträgt, der lasse als konservativ Freisinniger lieber die Finger davon.

Spannend, flüssig geschrieben, provokativ, aber konsequent legt der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler ein überzeugendes Plädoyer für die Marktwirtschaft dar. Eine Kostprobe des engagierten Kämpfers für die Ideale der freien Wirtschaft haben die Leser des «Freisinn» in der Januar-Nummer bereits mit dem Vorabdruck des Kapitels «Marktwirtschaft für das Gesundheitswesen» erhalten.

Dekartellierung

In gewohnt aufmüppiger Art hat der an der Freiburger Universität lehrende Wirtschaftswissenschaftler verschiedene Beiträge zum Thema Ideal und Praxis der Marktwirtschaft in der Schweiz, sozusagen Lippenbekenntnisse und Realität, zusammengetragen. Kaum eine Branche, kaum eine Institution kommt dabei ungeschoren weg. Wittmann theoretisiert nicht, sondern legt konkrete Vorstellungen darüber dar, wie eine echt marktwirtschaftlich organisierte Schweiz aussehen müsste. Dass in der Schweiz stets von Marktwirtschaft geredet wird, dass dieses Land aber am weitesten davon entfernt ist, kam erst mit den Diskussionen um den EWR so richtig an den Tag.

* Dr. Werner C. Hug, Wirtschaftsredaktor Bundeshaus, Stadtrat FDP Bern.

Wie kann nun aber das kartellreichste Land, wie das Gatt in einer Studie schrieb, in eine funktionierende Marktwirtschaft mit sozialer Verpflichtung umgewandelt werden?

Reprivatisierung

Walter Wittmann fordert ein radikales Umdenken: «In der Marktwirtschaft ist der Staat für die innere und äussere Sicherheit, das Geld- und Währungs- sowie das Rechtswesen zuständig: Das ist der «Nachtwächterstaat! Darüber hinaus kann er subsidiär tätig werden, um z. B. eine angemessene (=optimale) Versorgung mit Infrastruktur zu gewährleisten.»

PTT, Radio, Fernsehen, der Verkehr, die Energie- und Wasserversorgung, ja auch die Ausbildung, sie alle könnten durchaus von Privaten angeboten werden. Alle öffentlichen Betriebe müssten organisatorisch und finanziell unabhängig werden. Wer Kosten verursacht oder wer Leistungen in Anspruch nehmen will, muss dafür äquivalent bezahlen. Der Staat hat nur noch die Funktion eines «Nachtwächters» und gewährleistet die Funktionsfähigkeit des Systems.

Verursacherprinzip

Andererseits fordert Wittmann die Internalisierung der externen Kosten bei den Verursachern. Die Unternehmer haben kostendeckende Gebühren für die Inanspruchnahme der Infrastruktur zu bezahlen. Unternehmenssteuern dürfen aber nicht zur Umverteilung unter den natürlichen Personen beigezogen werden. Wittmann plädiert für die Einführung der Mehrwertsteuer. «Abzuschaffen sind alle Steuern, welche an die finanzielle und wirtschaftliche Substanz gehen, so unter anderem die Kapital- und Vermögenssteuer.»

Als systemwidrig erachtet er auch die zahlreichen Vermögens-Verkehrs-Steuern (Stem-



pel-, Emissions-, Handänderungs-, Börsenumsatzabgaben z. B.). Die Kirchensteuer für juristische Personen habe keine Berechtigung. Die Besteuerung der Einkommen juristischer Personen (=Gewinne) dürfe nicht zur Selbstverständlichkeit werden, denn Gewinne führen zu Investitionen und Innovationen.

Der streitbare Ökonom geht in seiner Konsequenz andererseits so weit, dass er eine Betriebssteuer verlangt, die alle Unternehmungen, unabhängig von ihrer Rechtsform, gleich veranlagt und belastet.

Konkurrenzdemokratie

Für Wittmann ist die Konkordanzdemokratie zum Selbstzweck geworden. «In der Demokratie darf die Doppelrolle von Regierung und Opposition nicht akzeptiert werden.» Die Zauberformel sei deshalb nichts anderes als ein Parteienkartell. Die Berücksichtigung möglichst aller Interessen führe dazu, dass jede Politik ordnungspolitisch nicht zu befriedigen vermag. Je mehr Parteien an der Regierung beteiligt sind, desto mehr wird umverteilt, stellt Wittmann fest. Damit verbunden sei eine Politik der Strukturhaltung. «Es ist eine Mischung von konservativer und sozialistischer Wohlfahrtspolitik, die soziale Marktwirtschaft kam dabei unter die Räder.»

Der freisinnige Wittmann möchte – in Analogie zur

Marktwirtschaft – eine Konkurrenzdemokratie einrichten. Dazu brauchte es eine leistungsfähige Opposition, die Alternativen entwickelt. Eine Koalitionsregierung umfasste nur so viele Parteien, wie für die knappe Mehrheit erforderlich ist. Basis bildete ein Koalitionsprogramm. Voraussetzung zur Durchsetzung dieses Programms wäre der Fraktionszwang in den Räten.

Marktkonforme Initiativen

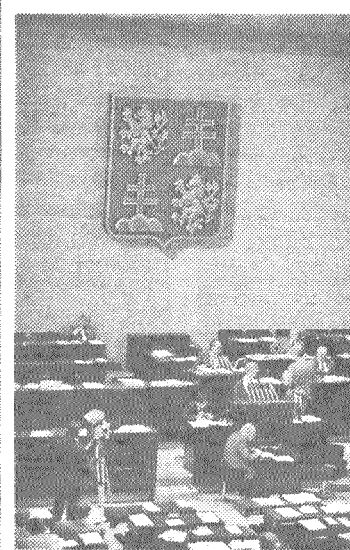
Noch umstrittener dürften seine Ausführungen zur direkten Demokratie sein. Auch hier müsse der ordnungspolitischen Verwahrlosung Einhalt geboten werden. Die direkte Demokratie sei nicht sakrosankt. Auch die demokratischen Spielregeln müssten sich an marktwirtschaftlichen Massstäben messen. Die Macht des Volkes sei nach liberalen Grundsätzen zu beschränken.

Konsequenz: Erstens dürften keine Referenden mehr ergriffen werden gegen Vorlagen, die «marktkonform» sind, und zweitens dürften nur noch solche Volksinitiativen der Volksabstimmung unterbreitet werden, die dem Grundsatz der Marktwirtschaft entsprechen. «Die Schweiz muss ihre korporativ und sozialistisch geprägte Demokratie verlassen und in die liberale Demokratie aufbrechen.»

Mut zum Markt

Dem Radikalen sollte ein solches konsequentes Umdenken kein Kopfzerbrechen schaffen. Wer zur Quelle will, muss gegen den Strom schwimmen. Wer ein politisches Mandat hat, wer politisch engagiert ist, der kann aus Wittmanns Beiträgen für seine Praxis aus dem vollen schöpfen. Auch wenn einzelne Aussagen zu provokativ, auch wenn einige kontrovers sind, zumindest überdenken und diskutieren sollte man auch diese Ideen, die stets vom Willen geprägt sind, der Marktwirtschaft auch in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen.

Walter Wittmann: Marktwirtschaft für die Schweiz. Verlag Huber, Frauenfeld 1992.



Václav Klaus, Finanzminister und Präsident der Demokratischen Bürgerpartei, und Petr Čermák, Parlamentarier und einer der Vizepräsidenten der Partei (rechts): Sie wollen ihrer liberalen Partei bei den Wahlen ins tschechoslowakische Parlament (Bild in der Mitte) im Juni dieses Jahres zum Durchbruch verhelfen. (Photos AMK)

Václav Klaus: «Wir haben ungeheuer viel Arbeit»

Václav Klaus, Finanzminister der Tschechoslowakei und Präsident der Demokratischen Bürgerpartei, gilt als der führende liberale Kopf des Landes. Ziel des ehemaligen Ökonomeprofessors ist es, in seinem Land den Systemwechsel von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft möglichst rasch und möglichst gründlich zu vollziehen. Im Juni dieses Jahres aber hat seine Partei zuerst die Wahlen zu gewinnen. Bereits jetzt ist die Demokratische Bürgerpartei die stärkste politische Partei. Wir hatten die Gelegenheit, mit Václav Klaus und einem seiner vier Vizepräsidenten, dem Parlamentarier und Mediziner Dr. Petr Čermák, zu sprechen.

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Womit sind Sie zurzeit am meisten beschäftigt?

Mit dem Aufbau einer modernen Parteistruktur. Unsere Partei, die Demokratische Bürgerpartei, macht das als einzige

der bürgerlichen Parteien, die aus dem Bürgerforum herausgegangen sind, so konsequent. Angesichts der Wahlen im Juni stehen wir unter einem ungeheuren Zeitdruck. Am 20. April 1991 wurde unsere Partei gegründet. Innerhalb von knapp neun Monaten haben wir in sage und schreibe

Fortsetzung auf Seite 6

Helfen Sie mit!

1990 haben die Teilnehmer einer durch die FDP der Schweiz organisierten Reise nach Polen einen Fonds Osteuropa gegründet, um liberalen Parteien in den ehemaligen Ostblockstaaten bei ihrer Aufbauarbeit zu helfen. Schon bald lagen auf dem Konto 10 000 Franken. Nach Polen ging dann ein erster Unterstützungsbeitrag von 5000 Franken an den Liberal-Demokratischen Congress.

Der Demokratischen Bürgerpartei von Václav Klaus konnten sodann 3000 Franken gespendet werden, die alt Nationalrat Dr. Peter Spälti, Winterthur, in verdankenswerter Weise verdoppelt hat.

Über die Vergebung der Gelder entscheiden nach Rücksprache mit der Partei Evelina Stampa Vogelbacher (als Vertreterin der Polenreisenden), Däniken, NZZ-Redaktor Gottlieb F. Höpli (Kenner liberaler Parteien in den ehemaligen Ostblockstaaten) und Anna-Marie Kappeler, FDP-Generalsekretariat, Bern.

Helfen Sie mit, diesen Fonds wieder aufzustocken! Diesem «Freisinn» liegt ein Einzahlungsschein bei.

Konkrete Hilfe für liberale Parteien in den ehemaligen Ostblockstaaten leisten Sie mit einer Spende auf das Konto 30-9788-1, Fonds Osteuropa, Postfach 6136, 3001 Bern. – Vielen Dank!

Fortsetzung von Seite 5

tausend tschechischen Ortschaften Ortsparteien gegründet! Ich staune selber darüber, dass wir das fertiggebracht haben. Eben haben wir uns entschieden, unsere Aktivitäten auch in der Slowakei zu entfalten.

Dieser Aufbau einer modernen Parteistruktur hat absolute Priorität. Sonst gewinnen bei den Wahlen die alten Kräfte.

Ihre Partei setzt sich entschieden ein für das Weiterbestehen der Föderation aus tschechischer und slowakischer Republik. Was ist der Grund für diese Haltung? Wie schätzen Sie die Kräfte ein, die für eine Trennung sind?

Wir wollen das Land zusammenhalten, weil wir Realisten sind. Ein einzelner Landesteil allein ist praktisch nicht überlebensfähig. Wie bereits gesagt, haben wir damit begonnen, auch in der Slowakei Ortsparteien zu gründen. Wir unterstützen alles Konstruktive, das in der Slowakei geschieht. Insbesondere begrüßen wir das Entstehen einer neuen Rechten, wir werden mit ihnen vernünftige politische Verhandlungen führen. Vor den Wahlen gebärden sich die nationalistischen Kräfte sehr radikal. Nach den Wahlen wird man sehen, wie stark sie wirklich sind.



Václav Klaus und sein Publikum: Der Systemwechsel von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft soll rasch und gründlich vollzogen werden.

Herr Klaus, welche Beziehungen haben Sie zur Schweiz, was erwarten Sie heute von ihr?

Ich habe sehr gute Beziehungen zur Schweiz, zur Schweizer Wirtschaft, zu Banken. Ich bin jedes Jahr vier- bis fünfmal in der Schweiz.

Was ich zurzeit von ihr erwarte? Um ganz ehrlich zu sein, ich brauche heute kurzfristige Hilfe für den Wahlkampf. Das ist das allerwichtigste Problem, das mich zurzeit beschäftigt. Es geht um ganz konkrete Hilfe, darum, dass wir unsere Büros mit Kopiermaschinen und Faxgeräten ausrüsten müssen, dass wir Plakate und Broschüren drucken können. Es fehlt überall an der nötigen Infrastruktur. Die Lage ist dramatisch.

Zuerst müssen wir die Wahlen gewinnen, damit wir unser Land umgestalten können. Mittel- bis langfristigen Massnahmen kann ich mich erst nach den Wahlen wieder zuwenden. Drei- bis viermal pro Woche bin ich an einer Parteiveranstaltung. Wir haben ungeheuer viel Arbeit. Ich bin ein Gefangener meiner Zeit. Erzählen Sie das in der Schweiz.

Welches sind die wichtigsten Punkte aus Ihrem Wahlprogramm?

Die Demokratische Bürgerpartei ist eine konservative, rechtsorientierte Partei. Wir wollen eine bürgerliche Gesellschaft mit demokratischen Strukturen aufbauen, in der der Einzelne seine politischen Rechte frei ausüben kann. Wir wollen eine volle Marktwirtschaft auf der Basis der allgemein geltenden liberalen Wirtschaftsprinzipien. Wir müssen eine neue Landwirtschaftsstruktur aufbauen, in der auch die ökologischen Aspekte berücksichtigt werden. Die sozialen Prinzipien der Gesellschaft müssen erneuert werden: Die soziale Politik des Staates soll in erster Linie denen helfen, die keine eigenen Möglichkeiten haben, ihre Lage zu ändern. Wir müssen aber auch ein System der Sozial- und Krankenversicherung aufbauen, wie es in westeuropäischen Ländern üblich ist.

Wird dieses Programm von der Bevölkerung, vor

Václav Klaus

Geb. 1941, tschechische Nationalität, Wirtschaftswissenschaftler, verheiratet; Ehefrau Livia, slowakische Nationalität; zwei Söhne.

Das wäre wohl die kurze Lebensbeschreibung des V. K. geblieben, wenn nicht auch in der Tschechoslowakei eine Revolution, die grosse politische Wende vom November 1989, die Verhältnisse von Grund auf verändert hätte.

Das zentralistische Staats- und Wirtschaftsmodell sowjetisch-stalinistischer Prägung wurde zwar von Grund auf erschüttert, aber nicht schlagartig beseitigt. Anders als in der ehemaligen DDR, begann eine zähe und zermürbende Auseinandersetzung zwischen Anhängern der alten Ordnung wie auch der grossen Schar von Utopisten des «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» einerseits und den Verfechtern einer wirklich freiheitlich-demokratischen Ordnung sowie der raschestmöglichen Durchsetzung marktwirtschaftlicher Verhältnisse andererseits.

Václav Klaus zählt nicht erst seit der Wende zum prominenten Kreis der Letzgenannten. Das Rüstzeug für seine umfassenden Aufgaben – Vorsitzender der Demokratischen Bürgerpartei und Finanzminister der CSFR – erwarb er in einem systematischen Studium des geistigen Weltpotentials der



Ökonomie und im praktischen Vergleich seiner Erkenntnisse mit dem herrschenden Staats- und Wirtschaftssystem. Unermüdlich hat er auf die nie absehbare «Stunde Null» hingearbeitet, hat sich «für die Zeit danach» vorbereitet. In den Fragen zur Person, am Ende dieses Buches wiedergegeben, kommt das sehr überzeugend zum Ausdruck, und die vorliegende Auswahl aus seinen Äusserungen zu aktuellen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen seit der Wende ist beredtes Zeugnis dafür.

Aus seiner ganz persönlichen Sicht der Dinge vermittelt der Autor Antworten, deren Orientierung sich ein stetig wachsender Teil der tschechoslowakischen Bevölkerung zu eigen macht.

Václav Klaus: Signale aus dem Herzen Europas. Gabler-Verlag, Wiesbaden 1991.

allem auf dem Land, auch verstanden?

Es ist normal, dass Neuerungen in den Städten schneller verwirklicht werden können. Aber ich bin überzeugt davon, dass wir die Leute auch auf dem Land gewinnen. Deshalb ist die Gründung von Ortsparteien auch so wichtig. Praktisch jeden Abend organisieren wir auch Veranstaltungen, an denen wir direkt mit den Leuten sprechen.

Wie organisieren Sie Ihre Partei?

Die nächste Stufe nach den Ortsparteien sind die Bezirksparteien. Gegenwärtig sind es 85. Während in den Ortsparteien im Milizsystem gearbeitet wird, stehen den Bezirksparteien bezahlte Kräfte vor. Jeweils etwa zehn Bezirksparteien bilden einen

Wahlkreis. Diese Wahlkreise bestanden schon früher.

Spielt die Frage der europäischen Integration im Wahlkampf eine Rolle?

Nein. Wir müssen zuerst unsere grossen innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme lösen. Dennoch ist natürlich die aussenpolitische Orientierung unseres Landes und unser souveräner Eintritt in die Gemeinschaft europäischer Völker ausserordentlich bedeutsam. In ein Europa, das unseren politischen Vorstellungen entspricht, ein demokratisches Europa, das sich gründet auf den freien Markt der Waren, der Arbeit, des Kapitals und auf die Freiheit der Gedanken. Wir wollen kein bürokratisches Europa, das Fehler unserer Vergangenheit wiederholen würde. □

Erfahrungen mit praktischer Hilfe

Prag war die erste Stadt, in welche ich kurz nach dem Umbruch reiste. Ich sprach am Gründungskongress einer liberalen Partei, traf Minister und Parlamentarier und besuchte vor allem auch die Präsidenten der eben erst aus der Taufe gehobenen Berufs- und Gewerbeverbände. Wir diskutierten Art und Dringlichkeit der Hilfe, welche für den Aufbau der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nützlich sein könnte.

**Nationalrat
Ernst Cincera**

Eines stand relativ rasch fest. In den mittel- und osteuropäischen Staaten braucht es praktische Projekte, um die Strukturen von unten nach oben aufzubauen und entwickeln zu können. Gefragt sind der Erfahrungsaustausch und die nötigen Mittel, um politische Strukturen zu bilden und die Privatisierung der Klein- und Mittelbetriebe fördern zu können. Die Parlamente schufen dazu sehr rasch die rechtlichen Voraussetzungen.

Aus- und Weiterbildung

Im wirtschaftlichen Teil konnte ich als Präsident des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich sofort ein Projekt auf die Beine stellen. Im Rahmen der von den eidgenössischen Räten bewilligten Kredite war es möglich, für ausgebildete Berufsleute Aus- und Weiterbildung zu organisieren.

Wir bieten jungen Berufsleuten in einem schweizerischen Betrieb eine Praktikantenstelle an. Die Aufenthaltsdauer beträgt je nach Bedürfnis 4 bis 18 Monate und umfasst ein Programm, das sich an die bei uns klassische Meisterausbildung anlehnt. Neben der praktischen Mitarbeit im Betrieb vermitteln wir einen theoretischen Unterricht in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für Unternehmenschulung.

Finanzierung

Die Teilnehmer erhalten den Minimallohn gemäss den Gesamtarbeitsverträgen ihrer Branche, bestreiten daraus ihren Lebensunterhalt und kön-

nen den Rest anlegen. Wer z. B. im Moment etwa 1000 Franken spart, erarbeitet sich ein Startkapital, denn in seinem Heimatland ist dieses Geld rund zwanzigmal soviel wert wie hier.

Ein ehemaliger Flüchtling betreut dieses Projekt vollamtlich. Wir haben Hunderte von Bewerbern. In eigentlichen Anstellungsgesprächen in der CSFR prüfen wir die Sprachkenntnisse, die Fähigkeiten und die Zukunftsmöglichkeiten der Bewerberinnen und Bewerber und versuchen, sie an eine geeignete Stelle in der Schweiz zu vermitteln. Diesen administrativen Aufwand und den theoretischen Unterricht bezahlt der Bund aus den Krediten für die Ostblockhilfe. Den Rest finanzieren die Praktikanten aus ihrem Gehalt selber.

Ausblick

Mit den ersten fünfzig Teilnehmern haben wir aussergewöhnlich positive Erfahrungen gemacht, und einige davon nahmen in ihrem Heimatland bereits eine selbständige Tätigkeit auf. Langsam, aber sicher entsteht so ein Netz von Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsbetrieben, welche einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung leisten.

Ab 1992 rechnen wir mit etwa 200 Teilnehmern pro Jahr. Ein ähnliches Projekt ist zurzeit auch für Ungarn in Vorbereitung, und in kleinen Pilotversuchen klären wir die Machbarkeit in Bulgarien und Rumänien ab.

Gleichzeitig fördere ich in den entsprechenden Ländern Institute, welche auf der Stufe Technikum oder HWW Betriebsökonomien, Marketing-



Nationalrat Ernst Cincera: «In den mittel- und osteuropäischen Staaten braucht es praktische Projekte, um die Strukturen von unten nach oben aufzubauen und entwickeln zu können.»

(Photo ruti)

fachleute usw. ausbilden, damit die selbständigen Handwerker für ihre Probleme auf geeignete, ebenfalls selbständige Berater zurückgreifen können. Wir arbeiten auch mit entsprechenden anderen Projekten zusammen.

Im weiteren versuchen wir, gute Werkzeuge und Maschinen, welche bei uns bekanntlich sehr rasch neuesten Modellen Platz machen müssen, zu möglichst günstigen Konditionen (am liebsten nur zu «Transportkosten») zu vermitteln. Sie leisten dort meistens noch einige Jahre hervorragende Dienste.

Aufbau von Parteistrukturen

Im politischen Bereich sind wir dringend aufgerufen, unseren liberalen und bürgerlichen Freunden beim Aufbau von Parteistrukturen zu helfen. Sie stehen mit viel gutem Willen überall in Konkurrenz zu den nach wie vor gut organisierten und personell und finanziell starken Kommunisten, den alten Seilschaften. Es ist für uns schwer zu begreifen, welchen Schaden die vierzig Jahre dauernde Gewaltherrschaft angerichtet hat und wieviel es braucht, bis wieder gut funktionierende politische Parteien für eine sichere, demokrati-

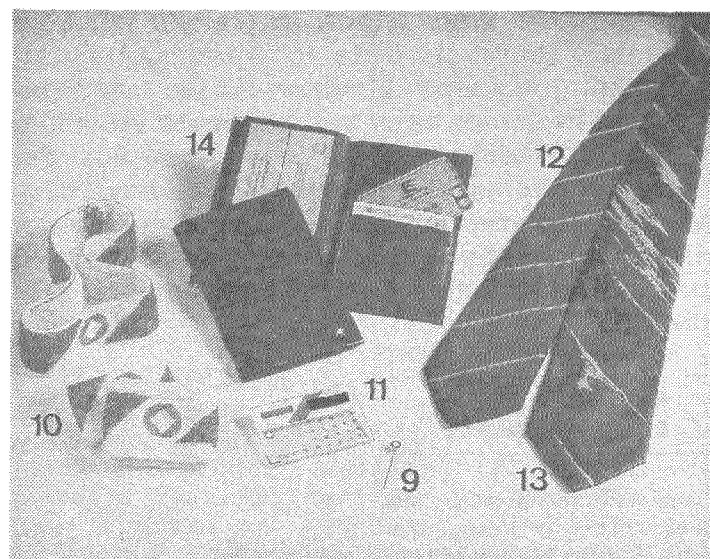
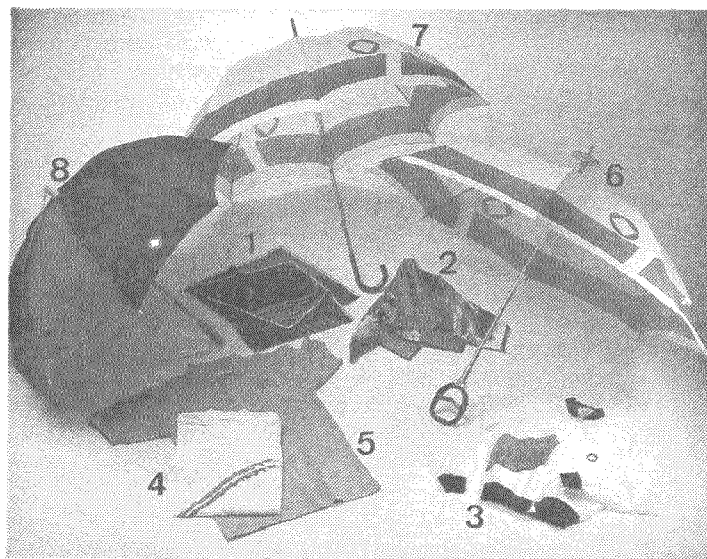
sche Entwicklung verantwortlich sein können.

Neben den oft immer noch fehlenden einfachsten Büroeinrichtungen ist auf Grund meiner Erfahrungen noch in zwei Bereichen Hilfe dringend nötig. Zum ersten müssen wir unsere Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung stellen. Zum zweiten braucht es Geld, damit sich Parteien überhaupt etablieren und an den Wahlkämpfen beteiligen können.

Für mich steht fest, dass wir in diesen Staaten nur dann zuverlässige Partner im Wirtschaftsbereich finden, wenn wir jetzt nicht einfach mit der Optik des möglichen raschen und guten Geschäfts Kontakte suchen, sondern primär die langfristige günstige Entwicklung stabiler Strukturen im Auge haben. Demokratie und freie Marktwirtschaft sind die wichtigsten Elemente, um zu verhindern, dass die alten Kommunisten wieder die Macht ergreifen können.

Die Angst vor einer solchen Entwicklung sitzt in den ehemaligen Ostblockstaaten tief. Die demokratischen Kräfte verdienen deshalb unsere Solidarität, damit sie Demokratie und Freiheit sichern können. □

Praktisch, sportlich, elegant



Ja, ich bestelle:

- 1** Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. _____ **Ex.** à Fr. 49.-
- 2** Das **neue Foulard** (90x90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. _____ **Ex.** à Fr. 50.-
- 3** **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) _____ **Ex.** à Fr. 30.-
- 4** Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) _____ **Ex.** à Fr. 12.-
- 5** Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. _____ **Ex.** à Fr. 30.-
- 6** Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. _____ **Ex.** à Fr. 30.-
- 7** Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. _____ **Ex.** à Fr. 30.-
- 8** Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. _____ **Ex.** à Fr. 35.-

- 9** **Anstecknadel.** Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. _____ **Ex.** à Fr. 10.-
- 10** Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. _____ **Set** à Fr. 10.-
- 11** Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. _____ **Ex.** à Fr. 20.-
- 12** Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. _____ **Ex.** à Fr. 38.-
- 13** Die **Krawatte** aus unserer «new look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. _____ **Ex.** à Fr. 40.-
- 14** Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. _____ **Ex.** à Fr. 44.-

Name: _____
Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____
Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Wirtschaftsleistung gegen Sicherheit

Seit dem Auseinanderfallen der Sowjetunion sind die Errungenschaften in Abrüstung und Rüstungskontrolle stark gefährdet. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion stehen vor dem wirtschaftlichen Kollaps; bürgerkriegsähnliche Unruhen können sich ausbreiten.

◊ **Kantonsrat Hans-Jacob Heitz, Winterthur**

Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) streitet sich über die Sowjetarmee als wichtigen Teil des sowjetischen Nachlasses. Die Ukraine betreibt eine undurchsichtige Militär-Machtpolitik, Tadschikistan soll mit dem Verkauf angereicherter Urans liebäugeln. Die gut 15 000 taktischen Atomwaffen mit Reichweiten bis zu 1000 km unterstehen im Gegensatz zu den rund 11 000 strategischen Atomsprengköpfen keiner zentralen Kontrolle. Kein Staat der GUS hat bisher den Atomsperrvertrag unterzeichnet; Kontrollen durch die internationale Atomenergieagentur sind demnach bis auf weiteres auszuschliessen.

Es besteht also ein gefährliches Seilziehen um das atomare und konventionelle Waffenarsenal der ehemaligen Sowjetunion. Alle diese gefährlichen Waffen können als Druckmittel und Pfand für Verhandlungen oder als Entgelt für Wirtschaftsleistungen missbraucht werden, d. h. in die Hände von Diktatoren sowie Terroristen und so völlig ausser Kontrolle geraten. Es kann nicht verwundern, wenn bereits von der ersten islamischen Atombombe die Rede ist.

Handlungsbedarf

Die 17 westlichen Gläubigerstaaten haben der GUS Zahlungsaufschub für fällige Kredite gewährt und Wirtschafts- sowie humanitäre Leistungen zugesichert, allerdings ohne dass man sich hierfür greifbare Gegenleistungen eingehandelt hätte. Die Chancen für einen globalen Frieden in Europa stehen – trotz den Nationalkonflikten und Wirrnissen bei-

spielsweise in Georgien und im zerfallenen Jugoslawien – gut wie schon lange nicht mehr. Allerdings ist der entsprechende Handlungsbedarf enorm, insbesondere ist Eile angezeigt!

Europarat, EG und EFTA als europäische Nachbarn, flankiert durch die USA, hätten es in der Hand, der GUS im «Gegengeschäft» Wirtschafts- und humanitäre Leistung gegen Verschrottung von Mas-

senvernichtungswaffen zu erbringen. Wird der Westen in dieser brisanten und dringlichen Sache nicht unverzüglich tätig, machen andere dieses «Geschäft», allerdings nicht mit dem Ziel der Friedenssicherung.

Mehr Initiative

Der Gedanke eines Marshallplanes ist wohl richtig, die Gefährlichkeit der instabilen Situation allerdings erfordert koordinierte und zielgerichtete Sofortmassnahmen. Auch unser Land mit seiner grossen humanitären Tradition könnte hier im Einklang mit unserer Sicherheits- und Aussenpolitik problemlos mehr Initiative zeigen! □

Osthilfe – es eilt!

Es scheint, dass Diktaturen immer dann am gefährlichsten werden, wenn sie zusammenbrechen. Der Zerfall des Kommunismus brachte zwar den sowjetischen Verzicht auf die Weltrevolution und die Befreiung von Osteuropa, hinterliess aber in der ehemaligen Sowjetunion ein politisches Minenfeld von höchster Brisanz.

◊ **Nationalrat Ernst Mühlemann (TG)**

Die Hauptprobleme türmen sich im Bereich der Wirtschaft auf, wo trotz beginnender militärischer Abrüstung die ökonomische Aufrüstung nur äusserst mühsam vorankommt. Es genügt eben nicht, die Preise freizugeben, wenn die schwierige Währungsreform auf sich warten lässt. Auch die besten amerikanischen Rosskurspezialisten können nichts daran

ändern, dass der alte kommunistische Funktionär, mit Ausnahme der Bürgermeister von Moskau und St. Petersburg, wieder am Ruder ist und Mühe hat, sich vom Apparatschik zum Unternehmer zu entwickeln.

Mit dem Wiederauftauchen der früheren Nomenklatura ist zwar die Informationsfreiheit (Glasnost) noch nicht verschwunden, aber demokratische Mitwirkung durch das Volk (Perestroika) scheint kaum mehr gefragt. Die neuen Repu-

blikfürsten sind aufgeklärte Diktatoren, welche die Menschenrechte respektieren, hingegen ohne partizipative Umwege über das Volk direkt zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit mit dem Westen kommen möchten.

Es hat sich dabei allerdings gefährliches politisches Konfliktpotential angehäuft, wie der Handelskrieg zwischen Russland und der Ukraine oder der Machtkampf zwischen Präsident Jelzin und seinem Vizepräsidenten Ruskoj um den neuen Zarenthron im Kreml. Der Westen sollte alles Interesse haben, hier zu helfen, damit angesichts des potenten Nukleararsenals kein Bürgerkrieg à la Jugoslawien entsteht.

Sofortmassnahmen

Auf Grund seiner jüngsten Reise in die ehemalige Sowjetunion weist der ehemalige USA-Aussenminister Kissinger eindringlich darauf hin, dass für die Osthilfe dringender Handlungsbedarf besteht. Er verlangt vor allem eine Unterstützung der kleineren Republiken, damit diese lebensfähig werden und sich gegen das mächtige Russland behaupten, welches heute über das Gros der Armee, den KGB und die zentrale Banknotenpresse verfügt. Wichtig wäre vorerst die Einrichtung eines diplomatischen Netzes ausserhalb von Moskau, in Kiew, Alma-Ata und St. Petersburg, um die Stellung der politischen Führung in einem föderalistischen System zu stützen.

Die stärkste Führungspersönlichkeit neben Jelzin scheint im Augenblick Nasufan Nasarbajew, Präsident von Kasachstan, zu sein, der ein Land voller Bodenschätzen besitzt, aber für die Handels Transporte auf die Landwege und Häfen Russlands angewiesen ist. Die direkte Konfrontation mit dem Kreml sucht der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk, der über eine Kornkammer ohne strategische Rohstoffe verfügt, jedoch gegenüber dem Westen die offensten Verkehrsverbindungen und die direktesten Anschlussmöglichkeiten hat. Anatoli Sobtschak, der Bürgermeister von St. Petersburg, gilt als einer der wenigen Politiker mit

Als Reaktion auf den als Leserbrief an den «Freisinn» gesandten Artikel von FDP-Kantonsrat Hans-Jacob Heitz aus Winterthur schrieb FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann (TG) im freisinnigen Pressedienst den Artikel «Osthilfe – es eilt», den wir hier leicht gekürzt wiedergeben.

Fortsetzung auf Seite 14

Politische Wendejahre?

Im vergangenen Jahr erlebten wir in unserem Land zwei bedeutungsvolle Geschehnisse, die durch ihren Charakter ganz natürlich zu Standortbestimmungen aufrufen: den 700. Geburtstag der Eidgenossenschaft sowie die Wahlen in die eidgenössischen Räte. Wie stark bestimmen diese Ereignisse und weitere Einflüsse – ich denke da auch an die deutlich feststellbare Konjunkturabschwächung, an die Umwälzungen in den ehemaligen sozialistisch regierten Ländern Europas oder an den sich immer stärker auswirkenden Einfluss der EG auf die Schweiz – in den nächsten vier Jahren unsere traditionellen gesellschaftlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen? Werden wir im November 1995 die heute bevorstehende Legislaturperiode im Bund dann im Rückblick als politische Wendejahre qualifizieren können?

Nationalrat Paul Wyss (BS)*

Ein faszinierendes Spiegelbild der gesellschaftlichen – und damit auch der politischen – Veränderungen in den letzten rund zehn bis zwölf Jahren waren für mich die verschiedenen Feierlichkeiten zum 700. Geburtstag unseres Landes.

Würden unsere Landesgeburtstage noch vor hundert und vor fünfzig Jahren, aber auch die Expo 1964 in Lausanne in grossen, die Gemeinschaft des Schweizer Volkes beschwörenden Veranstaltungen gefeiert, so erlebten wir alle im vergangenen Jahr das Gegenteil. Nicht die Einheit unseres Volkes stand im Mittelpunkt, sondern die Darstellung der unterschiedlichsten Kräfte und Interessen.

Beinahe jede gesellschaftliche und politische Gruppierung hatte Gelegenheit, in einer Vielzahl von Klein- und Kleinstveranstaltungen – ja sogar im Kulturboykott – ihre Meinungen und Vorstellungen zur Schweiz zu manifestieren; mit unterschiedlichem Erfolg. Sehr erfolgreich waren auf jeden Fall die wenigen grösseren Veranstaltungen und Aktionen wie beispielsweise die 1.-August-Feierlichkeiten auf dem Rütli und in Brunnen, der Armeetag in Emmen, der Weg der Schweiz rund um den Urnersee usw.

* FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss ist Direktor der Basler Handelskammer.



FDP-Nationalrat Paul Wyss: «Für mich steht ganz zentral im Vordergrund, dass unser Land wieder regierbar, das heisst entscheidungs- und handlungsfähiger, wird.»

Bedürfnis nach nationaler Geborgenheit und Identität?

Haben die Organisatoren der 700-Jahr-Feier – haben wir alle – übersehen, dass unser Volk gerade heute wieder vermehrt das Gemeinschaftsgefühl sowie Zentren einer gewissen nationalen Geborgenheit und Identität sucht? Zentren auch, wo man wieder einen Gesamtüberblick über die Leistungen und Qualitäten unseres Landes und unseres Volkes erhalten kann? Zentren, wo man schliesslich vielleicht sogar Führung sucht? Gibt uns diese Erfahrung nicht auch wichtige

Hinweise für den politischen Kurs der nächsten vier Jahre?

Die Bevölkerung sucht heute wieder vermehrt Bezugspunkte, gerade weil sich immer mehr Splittergruppen formieren, und nicht zuletzt deshalb, weil die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen rings um unser Land viele traditionelle Bezugspunkte in Frage stellen und dadurch zu immer stärkeren Verunsicherungen führen. Wir spüren zunehmend, dass wir innerhalb Europas kein Sonderfall im Sinne von «Musterknaben» mehr sind.

Solche Erkenntnisse sind grundsätzlich nicht negativ. Im

Hinblick auf die notwendige Öffnung der Schweiz gegenüber Europa sind sie sogar unabdingbar. Gefährlich ist diese Entwicklung – gerade in der Politik – nur dann, wenn sie eine zu starke Beeinträchtigung der nationalen Identität zur Folge hat und wenn sie damit populistischen Politikern jeder Partei-Couleur unerwünschte Chancen bietet, die herrschende Verunsicherung für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Öffnung mit veralteter Verfassung?

Dieser geschilderte Auflösungsprozess, welcher der breiteren Bevölkerung keine echten Fixpunkte mehr bietet, macht mir Sorgen. Wir dürfen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Gerade jetzt sind die politisch Verantwortlichen aufgerufen, rasch und wirksam zu handeln. Ein wichtiger und auch praktikabler Ansatzpunkt sind dabei aus meiner Sicht Reformen innerhalb unserer politischen Strukturen.

Wir wissen einerseits, dass unsere notwendige Öffnung nach Europa zu wesentlichen politischen Veränderungen zwingen wird. Auf der anderen Seite aber politisieren wir nach wie vor mit einer Bundesverfassung, die rund 150 Jahre alt ist. Allein schon diese Diskrepanz sollte Grund genug sein für rasche Reformen.

Dabei rede ich jetzt nicht einer längst notwendigen Totalrevision der Bundesverfassung das Wort. Diese würde erfahrungsgemäss viel zu lange dauern. Ich plädiere vielmehr für Teilrevisionen in denjenigen Bereichen, die heute rasch und ohne grosse Umtriebe vorgenommen werden können.

Solche partiellen Anpassungen sind nur natürlich. So wie sich jedes Unternehmen oder jede Sportdisziplin durch neue Strategien oder neue Spielregeln den Veränderungen der Märkte und der Technik anpassen, so müssen wir den deutlich feststellbaren gesellschaftlichen und politischen Veränderungen unserer Zeit endlich Rechnung tragen. Was meine ich konkret damit?

Ausfransung der Demokratie

Seit 1848, als unsere Bundesverfassung verabschiedet wur-

de, und seit der ersten Revision rund dreissig Jahre später haben wir sieben Bundesräte – obwohl die Aufgaben seit dieser Zeit immens angewachsen sind. Letztlich nur marginal verändert haben sich in den vergangenen 120 bis 150 Jahren beispielsweise auch die Minimallimiten für die Unterschriftenzahl bei Referenden und Initiativen (letztmals mit der Einführung des Frauenstimmrechts) – obwohl inzwischen die Bevölkerung massiv angewachsen ist.

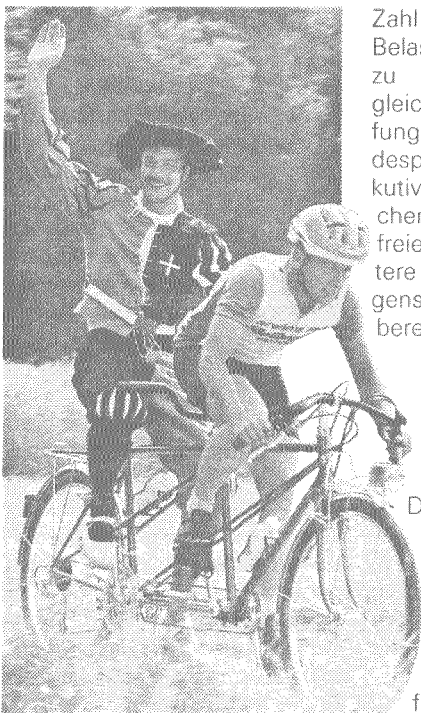
Ein ähnliches Missverhältnis, das letztlich zu unerwünschten Verzerrungen des Volkswillens führt, besteht auch punkto Einfluss des Ständemehrs bei eidgenössischen Abstimmungen. So wog 1848 eine Nein-Stimme aus Appenzell Innerrhoden nur das Elfache einer Nein-Stimme aus Zürich. Heute aber hat die Appenzeller Stimme auf Grund des ungleichen Bevölkerungswachstums das 38fache Gewicht.

Hinzu kommen die komplizierten, auch für juristisch Versierte kaum mehr überblickbaren Gesetzesverfahren sowie die masslose Rechtsmitteldemokratie (das heisst beispielsweise Einsprachemöglichkeiten von Einzelnen oder von auch vergleichsweise kleinen Verbänden, selbst nach eindeutigen Volksabstimmungsentscheiden). Die Effizienz belasten aber auch die Beteiligungsmöglichkeiten von Krethi und Plethi zu sinnlosen Listen und Listenverbindungen bzw. Unterverbindungen usw.

Diese Ausfransung unserer Demokratie durch blinden Traditionsglauben, aber auch mit bewussten Missbräuchen der demokratischen Mittel durch politische Extremgruppierungen muss gestoppt werden. Möglichst rasch – und nicht erst nach einem jahrelangen Debattieren im Rahmen einer Totalrevision.

Rasche Behebung der Missstände

Das Missbehagen zu diesen Auswüchsen ist offensichtlich, wie schon eine ganze Reihe von parlamentarischen Vorstössen zeigen, die in den vergangenen Monaten in den eidgenössischen Räten eingebracht wurden. Meist geht es dabei jedoch nur um Änderun-



Die Feierlichkeiten zum 700. Geburtstag unseres Landes, hier ein Stimmungsbild von der Arena Helvetica, zeigt ein faszinierendes Spiegelbild der Veränderungen in den letzten rund zehn Jahren.

gen in einzelnen Punkten. Ich meine, dass jetzt die Zeit gekommen ist, ein grösseres Paket zu bearbeiten. In dieses Paket gehören vor allem diejenigen Missstände, die sich vergleichsweise rasch beheben lassen.

So dürfte es letztlich einfach sein, zum Beispiel die Zahl der Bundesräte zu erhöhen bzw. durch eine personelle Umorganisation, wie Erhöhung der

Zahl der Staatssekretäre, die Belastung der Exekutive besser zu verteilen. Ebenfalls vergleichsweise wäre die Schaffung eines vollamtlichen Bundespräsidiums, das die Exekutivmitglieder von beachtlichen Zusatzbelastungen befreien würde. Diese und weitere Vorschläge liegen übrigens im Parlament zur Prüfung bereits auf dem Tisch.

Demokratische Instrumente straffen

Die kontraproduktive Zersplitterung in Kleinparteien und Kleinstgruppierungen in den Parlamenten kann vermieden werden, wenn wir im Bund zum Beispiel die 5-Prozent-Klausel einführen. Das heisst: Mandate erhalten bei Wahlen nur jene Parteien und Gruppen, welche im Minimum fünf Prozent der abgegebenen Stimmen für sich gewinnen können – so wie dies schon in einigen Kantonen erfolgreich praktiziert wird.

Um bei Wahlen eigentliche Juxnominationen zu verhindern, muss die Zahl der Unterschriften von Wahlberechtigten erhöht werden, die jede Kandidatur bei der Einreichung begleiten müssen. Auch muss ernsthaft geprüft werden, ob nicht, wie in anderen Ländern, ein Geldbetrag als Depositum hinterlegt werden sollte, das dem Staat verfällt, wenn eine Liste nicht eine minimale An-

zahl Stimmen enthält (Interpellation Vreni Spoerry, Winter-session 91).

Zwingend erforderlich ist meiner Meinung nach auch die deutliche Erhöhung der Unterschriftenzahl bei Initiativen und Referenden, damit nicht kleinste Extremgruppierungen jeden Parlamentsbeschluss oft sinnlos vor das Volk zerren können. Damit würde einerseits das Parlament wieder aufgewertet, andererseits würde damit auch die Verantwortung der Parlamentarier erhöht.

Im Rahmen dieser Veränderungen kann ich mir auch sehr plastisch vorstellen, dass unser Konkordanzsystem einer Regierungs-/Oppositionsform z. B. nach englischem oder deutschem Muster Platz macht. Unvorstellbar ist es für mich auch nicht, dass beispielsweise bei Volksabstimmungen jeweils eine Stimmbeteiligung in der Grössenordnung zwischen 33 und 50 Prozent notwendig wird, damit ein Parlamentsbeschluss verändert werden kann, sowie dass es mit Abstimmungen zu Verfassungs- und Gesetzesinitiativen klar festgelegte Mehrheitsverhältnisse braucht, damit diese in Kraft treten. Eine Demokratie braucht eine Art «Spielregeln», damit sie durchsetzbar ist. Diese Regeln müssen durch das Volk bestimmt und dann auch eingehalten werden.

Fortsetzung auf Seite 12



Werden wir im November 1995 die heute bevorstehende Legislaturperiode als politische Wendejahre qualifizieren können? (Photo Stahl)

Fortsetzung von Seite 11

Abläufe straffen

Natürlich sind solche Vorschläge sorgfältig zu prüfen – jedoch nicht auf der langen Bank. Und auch den Minderheiten muss dabei angemessen (ich betone: angemessen) Rechnung getragen werden. Für mich steht jedoch ganz zentral im Vordergrund, dass unser Land wieder regierbarer, das heisst entscheidungs- und handlungsfähiger, wird. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass solche Reformvorschläge kein «prendre ou laisser» zulassen. Falls wir sie jetzt vor uns herschieben, dann werden wir uns einfach später damit befassen müssen.

Wenn wir uns im künftigen Europa eine möglichst grosse Eigenständigkeit erhalten wollen, dann müssen wir unsere demokratischen Spielregeln für Europa kompatibel bzw. praktikabel machen. Das heisst in erster Linie: die Abläufe straffen und beschleunigen. Eine Zersplitterung der Kräfte können wir uns nicht mehr erlauben. Dies gilt in jedem Fall – ob wir uns der EG nun annähern oder nicht.

Dabei ziehe ich eine selbst eingeleitete, längere Anpassungszeit eindeutig einer Hau-Ruck-Übung vor, die so sicher wie das Amen in der Kirche stark – zu stark – von aussen her diktiert würde.

Chancen nicht verschlafen!

Mag sein, dass viele die Bedeutung der kommenden Legislaturperioden als weitaus geringer beurteilen. Ich persönlich bin jedoch überzeugt, dass wir im Bund vor entscheidenden politischen Wendepunkten stehen. Wenn wir die damit verbundenen Chancen verschlafen, wird uns – ich betone erneut: von aussen – keine angenehme Rechnung präsentiert. Wir alle – Stimmberechtigte sowie Politikerinnen und Politiker – müssen uns in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren bewusst sein, welche Verantwortung wir in diesem Sinne tragen. Wer diese Verantwortung nicht wahrnimmt, darf sich im nachhinein nicht über die Folgen beklagen. □

FDP-Vorstoss

Härteres Vorgehen gegen kriminelle Asylbewerber

Eine Asylstation für kriminelle Asylbewerber sowie die Einrichtung einer Infrastruktur im Bundesamt für Flüchtlingswesen, wo Asylgesuche der von den Kantonen als kriminell gemeldeten Asylbewerber unverzüglich behandelt werden: So lauten die Forderungen einer Motion, die FDP-Ständerat Andreas Iten (ZG) zusammen mit 16 Mitunterzeichnern eingereicht hat.

Ständerat Iten stellt fest, dass es sich bei den straffällig werdenden Asylbewerbern um Einzelfälle handelt. Die heute geltenden Bestimmungen, insbesondere aber die geltende Auslegung derselben, erlauben es aber nicht, diese Einzelfälle adäquat zu behandeln. Dies führe dazu, dass diese wenigen Asylbewerber ein schlechtes Beispiel abgeben und die vernünftige Führung von Asylunterkünften erheblich erschweren.

Ständerat Iten steht im Kanton Zug der Direktion des Innern und damit auch dem Asylwesen vor. □

FDP-Position

Stabilitätsgesetz

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) lehnt den Entwurf der Expertengruppe für ein Stabilitätsgesetz ab und verlangt eine grundlegende Überarbeitung. Die FDP spricht sich in ihrer Vernehmlassungsantwort nicht generell gegen ein neues Stabilitätsgesetz aus, sondern ist im Gegenteil der Meinung, dass die Stabilitätspolitik moderne gesetzliche Grundlagen braucht. Grundsätzlich begrüsst die Expertengruppe sollen durch direkte Anpassungen und Korrekturen bestehender Gesetze erreicht werden.

Die FDP bestreitet die Notwendigkeit, künftiges Recht zur Krisenbekämpfung zu erlassen. Die FDP bestreitet ausserdem, dass die staatliche Politik in gesamtwirtschaftlichen Krisenlagen von erheblicher Tragweite gezwungen ist, Massnahmen zu ergreifen. Auf besondere Kritik stösst bei der FDP, dass der Bund beim

vorliegenden Gesetzesentwurf pauschal die Kompetenz erhält, in verschiedenen politischen Bereichen Massnahmen zu ergreifen, und dies sogar unter Ausschluss des Referendums.

Mit dem Gesetzesentwurf soll nicht nur ein neues Krisenbekämpfungsrecht vorbereitet, sondern es sollen auch Rechtsgrundlagen für Wirtschaftsförderungsmassnahmen geschaffen werden.

Die FDP der Schweiz begrüsst grundsätzlich Massnahmen, welche die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft fördern. Solche Entscheide haben sich jedoch nach Ansicht der FDP im wesentlichen auf die Bereitstellung einer möglichst optimalen Infrastruktur und die

Setzung liberaler ordnungspolitischer Rahmenbedingungen zu beschränken. Der entsprechende Absatz im vorliegenden Entwurf ist nach Ansicht der FDP derart vage abgefasst, dass er als Freipass für eine beliebige Förderungspolitik des Staates interpretiert werden kann.

Im klaren Widerspruch zu einer konsequenten liberalen Ordnungspolitik, wie sie die Freisinnigen befürworten, steht im vorliegenden Entwurf ferner die Tendenz, die Privatwirtschaft bei erklärtem Bedarf zu subventionieren.

Bei der Geldpolitik ist die FDP der Meinung, dass die entsprechenden Bestimmungen im Nationalbankgesetz festgehalten sind und dort bleiben müssen. □

*700 Jahre Schweiz,
Ein Grund mehr,
über die Grenzen zu blicken.*

**«Mit dem Beinahe
darf man sich
nie zufriedengeben.»**

(Spruchweisheit aus Frankreich)

1834 schrieb J.J. Sulzer seinen Söhnen: «Was Ihr macht, das macht recht. Es kostet nicht mehr Zeit, als Ihr dazu braucht, es schlecht zu machen.» Dieser Ausspruch ist zum Leitgedanken des Sulzer-Konzerns geworden. Besagt er nicht dasselbe wie die oben zitierte Spruchweisheit? Man sieht, sobald man über die Grenzen blickt: Weisheit kennt keine Grenzen.

SULZER® Technologie
Know-how ohne Grenzen

K117

Rekordverdächtiger 17. Mai 1992

Ist es ein Rekord? Allein auf eidgenössischer Ebene werden wir am 17. Mai 1992 über sieben Vorlagen abzustimmen haben. Dabei umfasst das Spektrum so unterschiedliche Themen wie Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods, Gewässerschutz, Sexualstrafrecht, Gentechnologie und Zivildienst. Der mündige Bürger und die mündige Bürgerin sind gefordert!

Anna-Marie Kappeler

Worüber haben wir am 17. Mai auf eidgenössischer Ebene zu bestimmen?

Bretton Woods

Unter dem Stichwort Bretton Woods – ein Ort in New Hampshire (USA), wo 1944 Delegierte aus 44 Nationen die Weltbank, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie den Internationalen Währungsfonds (IWF) gründeten – sind gleich zwei Vorlagen zu finden. Damit die Schweiz den Institutionen von Bretton Woods beitreten kann, muss das Volk den Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz und das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods annehmen.

Zwei voneinander unabhängige Komitees haben dagegen das Referendum ergriffen. Das eine umfasst Drittweltorganisationen, nicht aber die Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle und Helvetas. Dieses Komitee ist gegen einen Beitritt, weil damit seiner Ansicht nach die falsche Politik unterstützt wird, eine Politik, welche die Abhängigkeit der armen von den reichen Ländern fördert. Das andere Komitee wird von Parlamentariern gebildet, die finanzielle Gründe gegen einen Beitritt der Schweiz anmelden.

Sexualstrafrecht

Bei der Revision des Sexualstrafrechts geht es darum, dass durch entsprechende Änderungen die Jugendliebe straffrei bleiben soll, wenn der Altersunterschied der Beteiligten nicht mehr als drei Jahre

beträgt. Festgehalten wurde jedoch am Schutzalter 16. Vergewaltigung in der Ehe soll inskünftig ein Antragsdelikt sein.

Gegen die Revision des fünfzigjährigen Sexualstrafrechts wurde das Referendum ergriffen, mit der Begründung, die Revision verharmlose, ja legalisiere frühe sexuelle Beziehungen, untergrabe elterliche Autorität und unterlaufe das Schutzalter 16.

Zivildienst

Bundesrat und Parlament beantragen, dass in der Verfassung ein Artikel über die Schaffung eines Zivildienstes aufgenommen wird. Bei dieser Vorlage geht es um die Grundsatfrage, die praktische Gestaltung des Zivildienstes wird

erst später durch das Gesetz bestimmt.

Das ist der Grund des Anstosses für die Gegner, die meinen, die Vorlage sei eine Scheinlösung, die dem Gesetzgeber für alle möglichen und unmöglichen Lösungen Tür und Tor öffne.

Gentechnologie

Ein neuer Verfassungsartikel soll den Menschen und seine Umwelt vor Missbräuchen in der Fortpflanzungs- und Gentechnologie schützen. Dieser Verfassungsartikel ist die Folge der sogenannten «Beobachter»-Initiative, die zugunsten des direkten Gegenvorschlages zurückgezogen wurde.

Die Opposition rekrutiert sich aus feministischen, grünen und linken Kreisen. Sie sagen, die Fortpflanzung werde immer mehr in den Dienst der kommerziellen Nutzung gestellt. Die Vorlage sei zu industriefreundlich.

Gewässerschutz

Wieder eng zusammen gehören die beiden Vorlagen Gewässerschutzgesetz und Gewässerschutzinitiative. Das Gesetz ist als indirekter Gegen-

vorschlag zur Volksinitiative «zur Rettung unserer Gewässer» gedacht.

Durch das Gesetz sollen unsere Bäche, Flüsse und Seen sowie das Trinkwasser besser geschützt werden, und es soll auch verhindert werden, dass Gewässer durch übermässige Nutzung austrocknen. Mit der Begründung, das gehe zu weit, wurde dagegen vom Interessenverband der Kleinkraftwerkbesitzer das Referendum ergriffen.

Weiter als das Gesetz gehen wollen dagegen die Initianten der Gewässerschutzinitiative. Sie streben einen umfassenden Schutz der natürlichen Gewässer samt ihrem Uferbereich an. Eingriffe in die naturnahen Gewässer wären nur noch in beschränktem Umfang möglich. Stauhaltungen erforderten auf der ganzen Länge der Fließstrecke eine ausreichende Wasserführung.

Wichtigstes Argument gegen diese Initiative: Sie hätte zur Folge, dass 25 Prozent weniger Strom aus Wasserkraft produziert werden könnten. □

(Quellen: Dokumentation wf)



17. Mai 1992: Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind gefordert. (Photo RDZ)

Veranstaltung

«Fitnesskur für die Schweiz» – Parolenfassung

Einladung zur ordentlichen Delegiertenversammlung, Freitag/Samstag, 3./4. April 1992, in Altdorf, Tellspielhaus (im Zentrum)

Freitag, 3. April 1992

- 14 Uhr 30 Eröffnungsansprache des Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen
- 14 Uhr 45 **«Fitnesskur für den Wirtschaftsstandort Schweiz»**
- Einleitende Referate
Dr. Hans Jucker, Verwaltungsratspräsident Aluisse Lonza AG
Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
- 15 Uhr 15 ● Podiumsdiskussion
FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry, Horgen (Leitung)
FDP-Nationalrat Dr. Adriano Cavadini, Pregassona
Robert A. Jeker, Präsident der Generaldirektion SKA
Dr. Hans Jucker, Verwaltungsratspräsident Aluisse Lonza AG
- 16 Uhr ● Diskussion, Resolution
- 16 Uhr 30 ● Schlussreferat Bundesrat Kaspar Villiger
- 16 Uhr 40 Pause
- 17 Uhr **Eidgenössische Abstimmungsvorlagen**
- *Gegenentwurf der Bundesversammlung zur zurückgezogenen Beobachter-Initiative betreffend Gentechnologie*
Präsentation der Vorlage durch Dr. Stéphanie Mörkofer-Zwez, PD Universität Basel
- 17 Uhr 45 ● *Verfassungsartikel Zivildienst für Dienstverweigerer*
FDP-Nationalrat Dr. Bernard Comby, Saxon (pro)
FDP-Ständerat Willy Loretan, Zofingen (contra)
anschliessend Diskussion und Parolenfassung
- 18 Uhr 45 Ende des ersten Teils der ordentlichen Delegiertenversammlung
- 19 Uhr 30 Apéritif und Abendessen
(Personalrestaurant «Uristier», Gebäude der Dätwyler AG, Gotthardstrasse 31; Altdorf)

Samstag, 4. April 1992

- 9 Uhr **Statutarische Geschäfte
Eidgenössische Abstimmungsvorlagen**
- *Gewässerschutzgesetz (Referendum)*
Gewässerschutzinitiative
Podiumsdiskussion
Gabriela Winkler, Naturwissenschaftlerin (Leitung)
FDP-Regierungsrat Carlo Dittli, Altdorf
FDP-Nationalrat Pierre Savary, Payerne VD
FDP-Ständerat Kurt Schüle, Schaffhausen
FDP-Nationalrat Karl Tschuppert, Ettiswil LU
anschliessend Diskussion und Parolenfassung
- 11 Uhr 30 Schluss der Versammlung, anschliessend Apéritif
Zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen

Anmeldetalon für die ordentliche Delegiertenversammlung vom 3./4. April

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich wünsche eine Zimmerreservation.

Talon bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51

Fortsetzung von Seite 9

demokratischem Gesicht und ist daran, mit einer eigenen Freihandelszone ein neues Fenster gegenüber Europa aufzutun, wobei er leider nicht den Status eines unabhängigen Republikfürsten hat und weitgehend von Moskau abhängig bleibt.

Der Westen muss die politischen Leader mit dringlichen Aktionen, wie Lebensmittel- und Medikamentenhilfe, unterstützen, damit angesichts der kritischen Versorgungssituation der Ruf nach dem starken Mann von gestern nicht Platz greift. Die wichtigste Sofortmassnahme betrifft den Ener-

giebereich, wo die maroden Atomkraftwerke einer raschen Sanierung harren, um ein zweites Tschernobyl zu verhindern. Beim wirtschaftlichen Aufbau können durch einen geschickten Tauschhandel mit östlichen Bodenschätzen gegen westliche Devisen Voraussetzungen geschaffen werden, um die notwendige Währungsreform Schritt für Schritt durchzuführen. Erst wenn dies gelungen ist und marktwirtschaftliche Rechtsordnung eingeführt wird, kann mit Investitionen aus dem Westen gerechnet werden.

All diese Hilfsaktionen müssen durch Gegenleistungen abgedeckt sein, um den von

Jelzin angedrohten neuen kalten Krieg zu verhindern. Es gilt dabei vor allem die Einhaltung der Menschenrechte zu erzwingen und den Kampf für politische Freiheit in demokratischem Rahmen auf später zu verschieben. Ebenso wichtig ist die militärische Abrüstung und darin eingeschlossen die Vernichtung des Kernwaffenpotentials.

Heute besteht in der Tat eine gute Chance, ein europäisches Haus des Friedens aufzubauen, wenn der Westen aktiv dazu beiträgt, das Trümmerfeld der ehemaligen kommunistischen Sowjetunion aufzuräumen und schliesslich zu beseitigen. □

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

1892 – 1992

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Unverantwortliches Referendum



Im letzten Freisinn antwortet FDP-Kantonsrat Peter Weigelt auf einen kritischen Leserbrief von Herrn Curt Wild. Er stösst sich daran, dass im Zusammenhang mit den zu Beginn dieses Jahres eingereichten acht Referenden von einem «Missbrauch» des Referendumsrechts gesprochen wird. Dabei wirft er mir eine «sonderbare Vorstellung von Volksrechten» vor, weil ich an anderer Stelle das Referendum gegen die Parlamentsreform als «unverantwortlich» bezeichnet hatte.

Der «Trumpf Buur» haut, freilich ohne Angabe des Autors, in die gleiche Kerbe. Meine Aussage sei Ausdruck von «politischer Arroganz» und ich hätte ein «sonderbares Verhältnis zu unserer Demokratie», heisst es jetzt. Geschäftsführer der Aktion für freie Meinungsbildung, die den «Trumpf Buur» herausgibt, ist interessanterweise ebenfalls Herr Weigelt, der drei der acht eingereichten Referenden als PR-Verantwortlicher betreut.

Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die Entwicklung unserer Volksrechte, ihr «hemmungsloser» Gebrauch, namentlich durch Interessengruppen aller Schattierungen, für unser Land zu einem staatspolitischen Thema erster Ordnung geworden ist. Ich plädiere keineswegs für

eine Abschaffung der Volksrechte – aber reformbedürftig sind sie. Niemand bestreitet die heute offenstehende Freiheit, Initiativen und Referenden zu ergreifen. Zur Freiheit gehört aber auch Verantwortung – so jedenfalls ist es in jedem freisinnigen Parteiprogramm zu lesen.

Und zur Verantwortung gehört das Mass, dass offenbar immer mehr abhanden kommt. Mit dem ausufernden Gebrauch eines Rechtes kann auf Dauer das Recht selbst zerstört werden. Und nicht alles, was erlaubt ist, ist deshalb auch automatisch zu verantworten. Diese Binsenwahrheiten stellen Kernelemente des Liberalismus dar.

Das Referendum gegen die Parlamentsreform ist für mich nicht deswegen unverantwortlich, weil es ergriffen wurde; es geht mir vielmehr um das Wie. Die sogenannten Urheber, jedenfalls drei der vier St. Galler Studenten, hatten nach eigenem Bekenntnis keine näheren Kenntnisse von der Bundesversammlung, ihren «Nöten» und ihrem Reformbedarf. Sie waren sich der Tragweite der Parlamentsreform überhaupt nicht bewusst. Nach Aussagen eines Partners von Herrn Weigelt im «Nouveau Quotidien» (18. 1. 92) haben die Studenten, die u. a. von Nationalrat Blocher stark ermuntert worden seien, in der ganzen Angelegenheit überhaupt keine politische Rolle gespielt. Alles, vom Druck der

Referendumsbögen über die Unterschriftensammlung bis zur Einreichung, ist vom PR-Büro erledigt worden. (Das Ganze soll übrigens gegen 300 000 Franken gekostet haben.)

Ich plädiere dafür, mit Vorwürfen wie «politische Arroganz» oder einem «sonderbaren Verhältnis zu unserer Demokratie» etwas sorgfältiger umzugehen. Vielleicht wäre auch die Frage zu diskutieren, ob der «Trumpf Buur» das Forum ist, in dem ein Freisinniger «namenlos» mit einem anderen Freisinnigen abrechnen soll.

FDP-Ständerat
René Rhinow, Seltisberg BL

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beitragen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Tierschutz-Initiative: Ein Nachwort

Die Schlacht ist geschlagen. Die Argumente haben beidseits ihre Wirkung getan. Auch diejenigen von Herrn Nationalrat Gysin, dessen Meinung ich respektiere, auch wenn ich sie nicht gänzlich teile. Zwei Dinge haben mir jedoch an seiner Stellungnahme missfallen: die Art, wie er den um den Tierschutz und die einschlägige Gesetzgebung hochverdienten alt Nationalrat Kunz abqualifiziert hat, und die pauschale Unterstellung, Tierfreunde würden sich nicht um die Vorgänge im Schlachthof kümmern.

Herr Kunz hatte in seinem vorangestellten Artikel dargelegt, dass er Tierversuche unter gewissen Voraussetzungen befürworte und die Initiative für geeignet halte, deren Beach-

tung zu gewährleisten. Mit dieser Meinung stand er nicht allein. Sie entsprach dem Text der Initiative, wie ihn 44 Prozent der Stimmbürger verstanden haben. Herr Kunz konnte also sehr wohl zugleich für eine verantwortbare Versuchs-Politik wie auch für die Initiative sein. Ihm das abzusprechen, heisst ihn der Inkonsequenz bezichtigen. Dieser Vorwurf ist unverdient. Herr Kunz als Mitgestalter des aktuellen Tierschutzgesetzes und prominentes Mitglied des Schweizer Tierschutzes weiss sehr wohl Bescheid über die Vollzugspraxis. Im übrigen liess Herr Gysin für die Behauptung, die Initiative gehe nicht nur in dieser, sondern «auch in anderer

Fortsetzung auf Seite 16

Danke Schnee



Schnee ist Natur. Dank Schnee gibt es Wasser. Rund 60 % der schweizerischen Stromversorgung werden durch Wasserkraft gedeckt. Diese natürliche, erneuerbare und einheimische Energiequelle brauchen wir auch in Zukunft. Danke Schnee.

**Wasserkraft natürlich
natürlich Wasserkraft**

Ihre Schweizerischen Elektrizitätswerke

Fortsetzung von Seite 15

Hinsicht unmissverständlich auf das Totalverbot aus», jegliche Begründung vermissen.

Sodann muss Herr Gysin entgangen sein, dass «die» Tierschützer an der Art, wie Tiere geschlachtet werden, nicht einfach uninteressiert sind. So bemüht sich z. B. das Berner Tierspital sehr um schonende Betäubungsmethoden im Schlachthaus. Diese Bestrebungen verdienen breiteste Unterstützung, zumal sie sicherlich keine wissenschaftliche Forschung behindern. Ich vermittele Herrn Gysin gerne die Nummer des Postcheckkontos.

Gertrud Weibel-Mundwiler,
Gelterkinden

Gegen das Verbrechertum

Die Verbrechen aller Art nehmen bei uns in den letzten Jahren in beängstigender Weise zu. Die Polizei ist den vielen Untaten kaum mehr gewachsen, vor allem aber ist die Polizei nicht immer zugegen, wenn etwas passiert.

Ich habe die Auffassung, dass jedermann nach bestem und persönlichem Können mit-helfen muss, ein weiteres Überhandnehmen des Verbrechertums bei uns zu unterbinden.

Die nachfolgenden Vorschläge lassen sich, wie ich

glaube, in den meisten Fällen verwirklichen:

● Einfamilienhausbesitzer und Mietinhaber von Wohnungen sollten alle nach aussen führenden Türen durch ein zweites, verstärktes Schloss sichern, möglicherweise mit eingemauerter Riegelschiene oder über der ganzen Türbreite angebrachter verschliessbarer Eisenschiene. Auch Fenster können auf ähnliche Art oder mit Schliesssicherungen verstärkt werden. – Zusätzlich ist eine einfache Alarmanlage in der Nähe des Einganges zu

empfehlen. (Die Polizei würde als Berater mitwirken.)

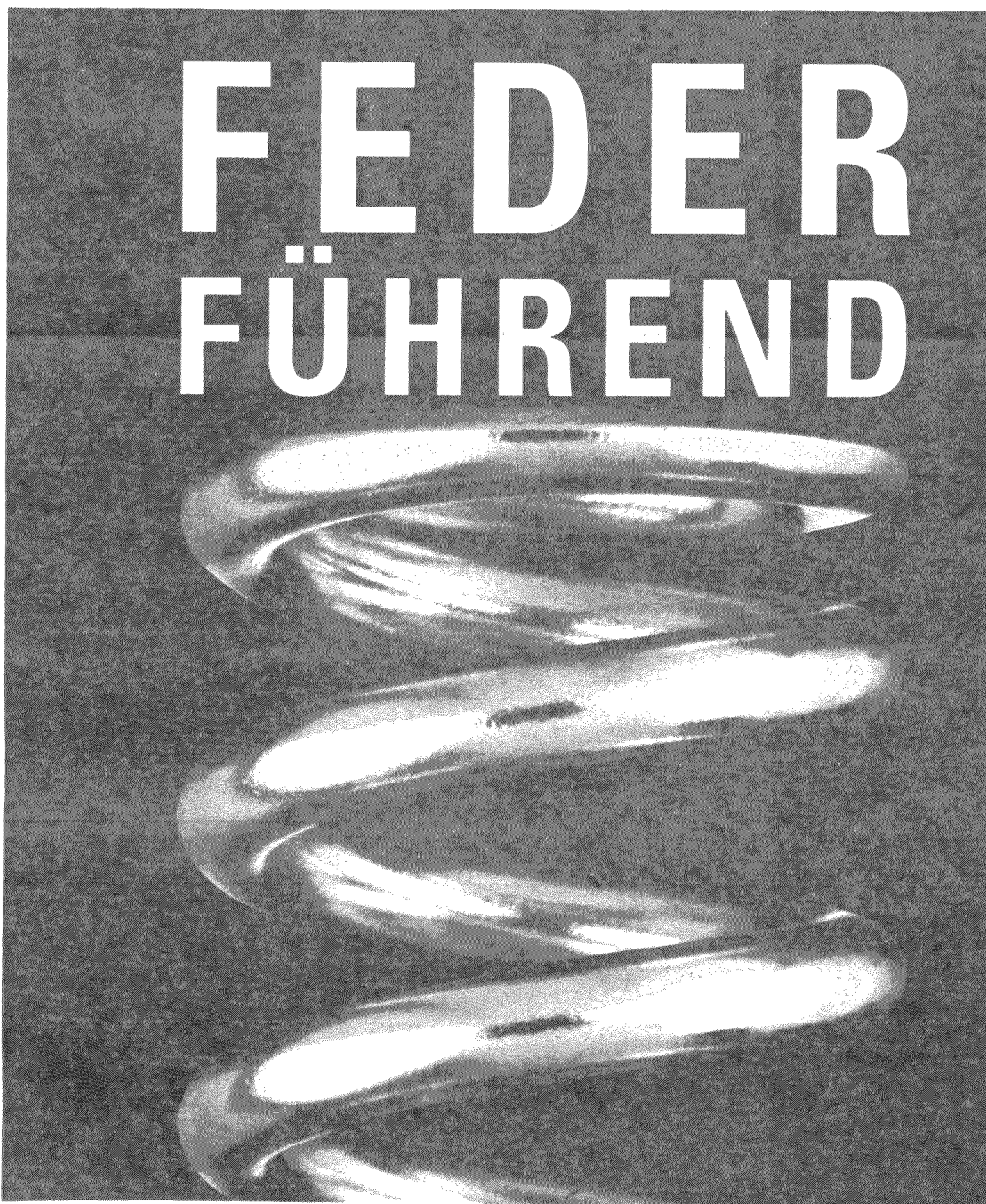
● Immer wieder haben Verbrecher in Banken und Einkaufszentren bei Überfällen grossen Erfolg. Bei Banken und auch bei vielen Geschäften befindet sich zwischen der Strasse und dem Aussenraum eine Schleuse, ein «Windfang». Neben dem Bankschalter oder unter der Kasse der Geschäfte und Selbstbedienungsläden sollte ein Schalter angebracht sein, der mit Druckknopf die beiden mit Schlössern versehenen Türen automatisch verriegelt. So könnte ein Verbrecher, mit oder ohne Beute, so lange im Vorraum (als Gefängnis) festgehalten bleiben, bis die Polizei ihn «abholt»!

● Viele Diebstähle und Gewaltverbrechen passieren auf der Strasse, im Tram oder in der Bahn. Immer wieder kann man hören, dass dabeistehende Passanten oder Fahrgäste passiv zusehen, sich hinter einer Zeitung verkriechen und als Unbeteiligte nichts unternehmen. Dazu bedarf es der Aufklärung durch die Polizei, einer engagierten Organisation oder einer Partei darüber, wie sich die «Zuschauer» verhalten und einem Opfer beistehen können. Nach einem Schrei oder Hilferuf der Opfers oder eines Zuschauers sollten sofort alle anwesenden Männer tatkräftig gegen den Angreifer vorgehen und ihn überwältigen. Auch auf die Gefahr hin, dass man selbst einen Schlag kassieren muss, sollte dieser Mut zum Helfen öffentlich angezogen werden.

Ich weiss, dass aus gewissen Erfahrungen die Polizei dazu rät, selbst nichts zu unternehmen. Aber eine organisierte Abwehr, die durch Erziehung und Aufklärungsarbeit verbunden wird mit präzisen Ratschlägen, ist heute dringend notwendig.

Nach meiner Meinung hat die Polizei zuwenig Personal, und dieses ist in jeder Hinsicht überfordert durch die unzähligen täglichen Unfälle, Einbrüche usw. – Helfen wir uns selbst, und helfen wir auch der Polizei, bevor die Mafia auch bei uns Fuss fassen kann!

Albert Burkhardt, Zollikon



BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik, CH-8630 Rüti
Tel. 055/848 111
Telex 875 606, Fax 055/848 511

Asylpolitik: Auf dem richtigen Weg



Unter der Rubrik «Was meinen Sie?» sind in der letzten Nummer der FDP-Zeitung zwei Leserbriefe, der eine von Herrn Richard Knaus, Grub, der andere von Herrn Ernst Indlekofer, Basel, veröffentlicht worden, die einer Antwort bedürfen.

Sie zeigen deutlich, dass die Grundsätze der Asylpolitik und -praxis in der breiten Bevölkerung kaum bekannt sind. Viele gehen deshalb von falschen Voraussetzungen aus und propagieren einfache Lösungen, die dem Völkerrecht und der Menschenrechtskonvention widersprechen oder schlicht nicht realisierbar sind. Immer wieder schimmern aus solchen Stellungnahmen direkte oder indirekte Vorwürfe an die Adresse des Bundesrates oder der Asylbehörden durch mit dem Unterton, man handle in Bern nicht genügend energisch.

Zunächst einige Vorbemerkungen:

- Die Schweiz ist ein Rechtsstaat, dessen Prinzipien sowohl für Schweizer wie für Ausländer gelten. Die Schweiz hält sich an die von ihr unterzeichneten internationalen Konventionen.

- Die Schweiz kennt eine humanitäre Tradition bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Ihr internationales Ansehen ist nicht nur ein Wert an und für sich, sondern nützt auch der schweizerischen Wirtschaft. Sie kann von anderen Staaten kein Entgegenkommen erwarten, wenn sie selbst internationale Verträge bricht und ihre Verpflichtungen nicht einhält.

- Wenn die gesetzlichen Grundlagen für die Bewältigung neuer Probleme nicht hinreichend sind, sind diese im ordentlichen Verfahren zu ändern. Wir sind nach wie vor erneuerungs- und anpassungsfähig. Solche Prozesse brauchen in einem demokratischen Staat, neben tragfähigen Mehrheiten, auch Zeit.

- Die Schweiz ist attraktiv, weil wir eines der reichsten Länder der Welt sind, weil wir hohe Rechtssicherheit bieten, weil wir über ein hervorragendes

Ausbildungssystem verfügen, weil wir auch in einer Zeit der Rezession zu den Ländern mit geringster Arbeitslosigkeit gehören. Das schweizerische Asylverfahren ist nicht wesentlich anders und attraktiver als dasjenige der übrigen europäischen Aufnahmestaaten.

Zu den Vorschlägen:

- Weder der Bundesrat noch die Asylbehörden lassen Eingewanderte einfach in die Schweiz, sondern diese überschreiten meist illegal und häufig begleitet von Schleppern unsere Landesgrenzen.

- Illegal eingereiste Asylbewerber können unter Umständen politische Flüchtlinge sein. Erst das Asylverfahren klärt den effektiven Sachverhalt. Eine sofortige Heimschaffung in den Herkunftsstaat ohne die Prüfung allfälliger Asylgründe widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention, die in jedem Einzelfall die sogenannte «Non-Refoulement-Prüfung» zwingend vorschreibt. Diese Prüfung ist praktisch gleich umfangreich wie eine Klärung der Flüchtlingseigenschaft.

- Die Rückübergabe an einen Nachbarstaat, aus dem Asylbewerber illegal eingereist sind, ist unmittelbar nur an der Grenze möglich. Gerade dafür fehlen aber die personellen Mittel des Grenzwachtkorps und der Grenzpolizeidienste. Später kann häufig nicht mehr festgestellt werden, aus welchem Nachbarland die Betroffenen effektiv eingereist sind.

- Die Idee, Asylbewerber dürften nur noch an Grenzübergängen einreisen, wurde mit der zweiten grossen Asylrevision realisiert, hat sich in der Praxis aber als unrealistisch erwiesen. Positiv war hingegen die Einrichtung der Empfangsstellen, an denen Asylgesuche dezentral entgegengenommen werden und entschieden wird, wie das Gesuch weiter zu behandeln ist.

- Eine Nichtverteilung von illegal eingereisten Asylbewerbern auf Kantone und Gemeinden ist illusorisch, da damit in den Empfangsstellen und Grenzkantonen eine Unterkunfts-kapazität für 95 Prozent aller Asylbewerber geschaffen werden müsste.

- Die Verkürzung des Asylverfahrens auf maximal sechs Monate ist auch das Ziel des Bundesamtes für Flüchtlinge. Wir haben 1991 unsere Entscheidkapazität mehr als verdoppelt, viele tausend Gesuche werden heute schon erstinstanzlich innert dreier Monate erledigt.

- Ein generelles Arbeitsverbot während der Dauer des Verfahrens gilt heute schon. Zunächst gilt ein dreimonatiges bundesweites Arbeitsverbot, dann haben die Kantone die Möglichkeit, dieses auf sechs Monate auszudehnen, sofern nach drei Monaten bereits ein erstinstanzlicher Entscheid vorliegt. Ein Verbleib aller Gesuchsteller in den Aufnahmezentren bis zu einem Asylentscheid ist aus mengenmässigen Gründen nicht möglich.

- Die vorgelegte Kalkulation der Sackgeldkosten stimmt nicht. Der Bund zahlt heute nicht 26,16 Millionen Franken für Sackgelder, sondern rund 20 Millionen. Der neue Ansatz ist nicht zwei Franken, sondern drei Franken. Die Asylbewerber erhalten dieses Taschengeld jedoch nur so lange, wie sie mittellos beziehungsweise nicht erwerbstätig sind. Darüber hinaus erhalten sie keine Bargeldleistungen, sondern lediglich Naturalleistungen.

- Die europäischen Staaten arbeiten seit vielen Jahren im Asylbereich eng zusammen. Dadurch konnten das Asylrecht und die Asylpraxis europaweit schon stark harmonisiert werden. Das Prinzip, dass ein Asylsuchender nur in einem Land einen Asylantrag stellen kann, ist festgehalten im europäischen Erstasylabkommen von Dublin. Dieses wurde vor knapp zwei Jahren unter den EG-Staaten abgeschlossen. Die Schweiz und die übrigen Nicht-EG-Staaten wollen diesem Abkommen ebenfalls beitreten bzw. ein Parallelabkommen abschliessen. Nach Inkraftsetzung dieses Erstasylabkommens dürfte die Schweiz, gegenüber heute, zwanzig bis dreissig Prozent weniger Asylgesuche entgegenzunehmen haben.

- Die Schlepperorganisationen werden international be-

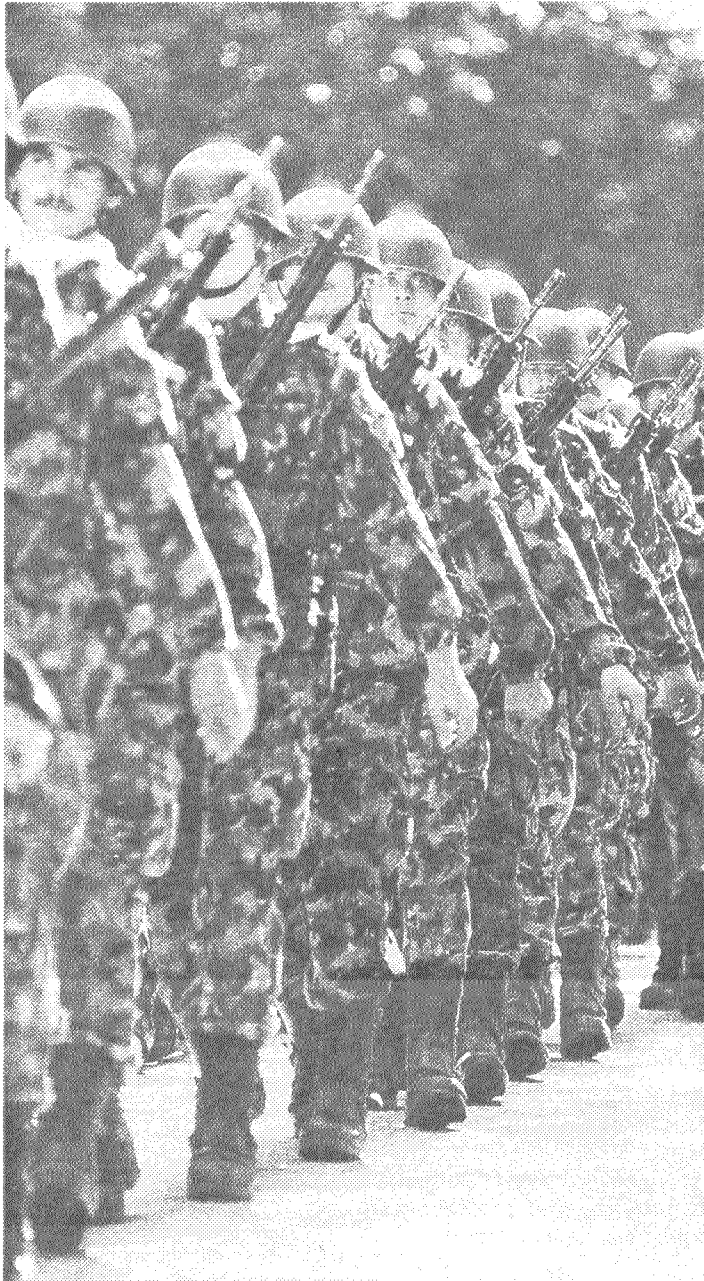
kämpft. Eine intensivierete polizeiliche Zusammenarbeit wird angestrebt.

- Seit dem 1. Januar 1992 werden allen Asylbewerbern, die über ein Erwerbseinkommen verfügen, sieben Prozent ihres Lohnes direkt an der Quelle abgeschöpft und zurückbehalten für die Rückerstattung von Fürsorgeleistungen und Vollzugskosten. Der verbleibende Nettobetrag wird nach Abschluss des Asylverfahrens im Fall der Anerkennung als Flüchtling ausbezahlt, im Falle der Wegweisung nach Ankunft im Herkunftsland auf ein dortiges Konto des Ausländers überwiesen.

- Unsere heutige Asylpraxis ist keineswegs eine Gefühlsduselei, sondern entspricht dem Willen des Gesetzgebers und unseren internationalen Verpflichtungen. Eine personelle Verstärkung des Grenzwachtkorps durch Formationen der Armee zur Verbesserung der Grenzkontrolle ist denkbar und auch vorbereitet. Auch eine Betreuung von schutzsuchenden Ausländern in Einrichtungen und durch Formationen des Zivilschutzes und der Armee ist möglich und vorbereitet. Diese beiden Unterstützungsmassnahmen sind jedoch erst vorgesehen und politisch durchsetzbar, wenn wir von einem ausserordentlich hohen Zustrom in kurzer Zeit überrannt würden und die normalen zivilen Mittel zu dessen Bewältigung nicht mehr ausreichen.

- Die im Asylbereich reichbefrachteten Jahre 1990 und 1991 haben den zuständigen Behörden zwar viele Probleme beschert, dank einer guten Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und Hilfswerken konnten sie aber bisher bewältigt werden. Gerade die jüngste Entwicklung, die auf abnehmende Asylgesuchszahlen hinweist und auch einen Abbau der sogenannten alten Fälle gestattet, weist darauf hin, dass wir insgesamt in der Asylpolitik und -praxis auf dem richtigen Weg sind.

Peter Arbenz,
Direktor des Bundesamtes
für Flüchtlinge, Bern



«Friedensdividende» – was ist das?

Immer wieder heisst es, das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) leiste eine «Friedensdividende». Was ist damit gemeint? Und wie hoch fällt sie aus? (Photo Stahl)

Unter «Friedensdividende» versteht man den finanziellen Beitrag, den das EMD an die Staatskasse leistet, indem es auf Ausgaben verzichtet oder einen realen Finanzabbau verkraftet. Ausgehend vom Planungsstand 1990 wurden die EMD-Ausgaben für die Finanzplanungsperiode bis 1995 um über drei Milliarden Franken zurückgenommen. Betrag der Anteil des EMD an den Bundesaussgaben 1960 noch 32 Prozent, so waren es 1990 noch 17 Prozent; 1995 werden es weniger als 12 Prozent sein. Diese Entwicklung fordert vom EMD ein harte Prioritätensetzung und einschneidende Verzichte. Das Departement von Bundesrat Kaspar Villiger leistet zahlenmässig die markantesten Beiträge an die Sanierung der Bundesfinanzen.

Antwort

Mutzli

Mit einem vorwitzigen dummen Votum kann sich ein neues Mitglied des Parlaments ziemlich rasch einen schlechten Ruf einhandeln. Man kann's aber noch schneller, nämlich mit einem Interview über «erste Eindrücke». Solches tat die auf einer Liste «FraP» gewählte junge Zürcher Nationalrätin Christine Goll. Das Gelübde habe sie als «Unterwerfungsgeste» empfunden, den Ort ihres neuen Wirkens als «absolute Heimatlosigkeit» und die Begrüssung durch die Kollegen als «Anmache». Zumindest die Männer im Bundeshaus werden gut daran tun, einen grossen Bogen um die Dame zu machen. Denn von der «Anmache» zur Vergewaltigung ist in feministischer Sicht nur ein kleiner Schritt.

Der neue Baselbieter Nationalrat Christian Miesch erlebte bei seinem Start in Bern den Unterschied zwischen Staats- und Privatwirtschaft hautnah. Das SBB-Generalabonnement, auf das er als Parlamentarier Anspruch hat, erhielt er verspätet: die eingesandte Passphoto sei 5 Millimeter zu gross. Als er aber zu einer Sitzung in den «Schweizerhof» in Bern einkehrte und dort seinen Mantel in der Garderobe nur mühsam deponieren konnte, weil der Aufhänger abgerissen war, staunte er beim Weggehen nicht schlecht: in aller Stille hatte ein guter Geist des renommierten Hotels einen neuen Anhänger angenäht.

Vom Minderheitsantrag Segmüller war die Rede. Weshalb der freisinnige Fraktionspräsident Pascal Couchepin den Parteipräsidenten Franz Steinegger in der Hitze der Diskussion «Herr Segmüller» nannte. Meinte der also Umgetaufte: «Ich werde auch bald demissionieren.»

Einige Freisinnige waren dem Minderheitsantrag Segmüller in der nationalrätlichen AHV-Debatte entgegen dem tags zuvor gefassten Fraktionsbeschluss gefolgt. Parteipräsident Franz Steineggers Kommentar:

«Wir sind dem Charme der CVP erlegen. Ich wünschte mir, die CVP würde auch manchmal dem Charme der FDP erliegen.»

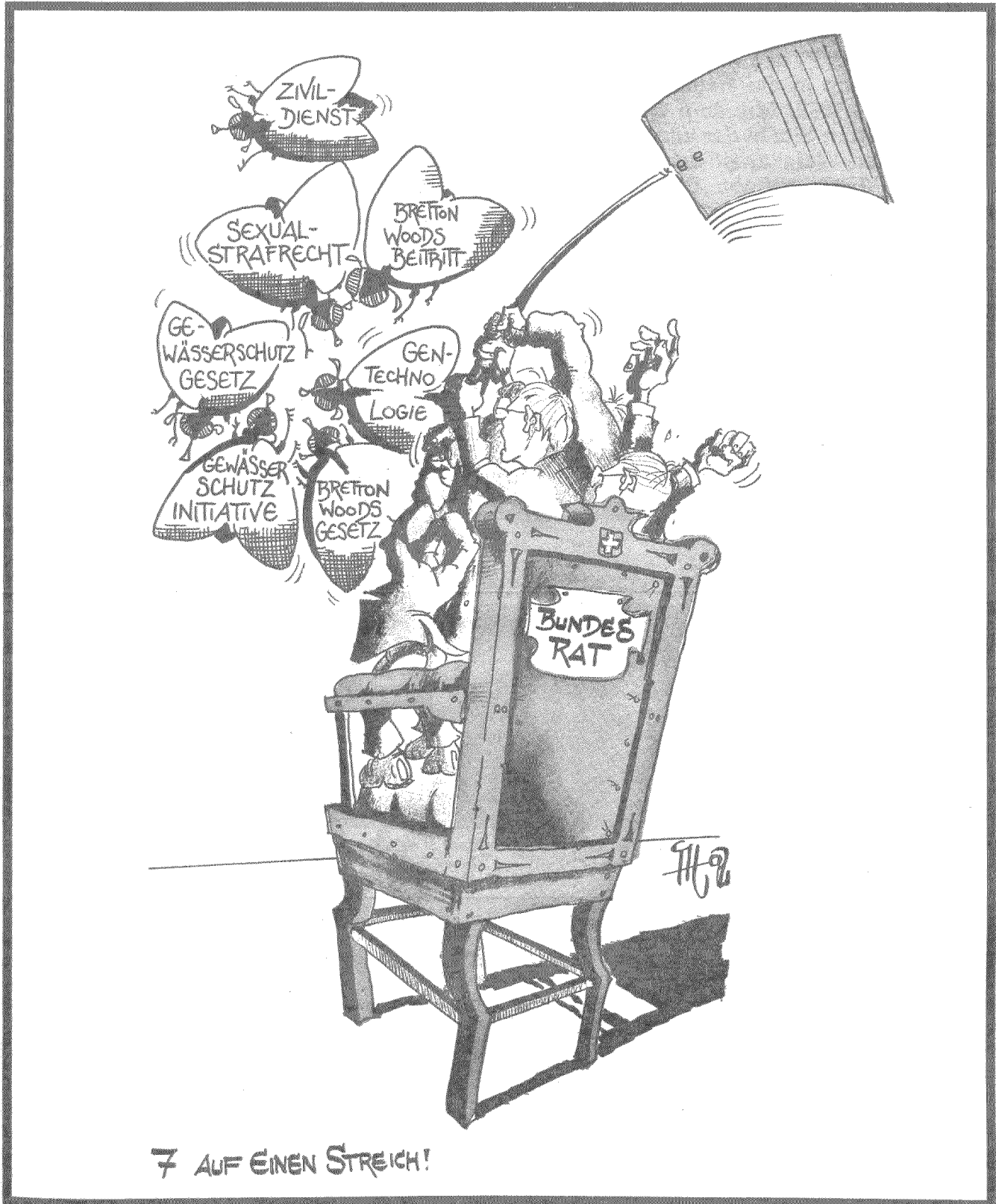
«Jedenfalls mich hast du jetzt überzeugt», meinte Parteipräsident Franz Steinegger anerkennend auf ein engagiert vorgetragenes, ausführliches Plädoyer von FDP-Ständerat Willy Lorethan (AG) für das Kampfflugzeug F/A-18. Das Votum wäre geeignet gewesen, eine Schar von Gegnern zu überzeugen. Vorgetragen aber wurde es im intimen Kreis des FDP-Fraktionsvorstandes – in Anwesenheit vor EMD-Chef Kaspar Villiger.

Zu den differenziert vorgetragenen Bedenken von FDP-Ständerat Sergio Salvioni (TI) gegen das neue Kampfflugzeug F/A-18, denen ein Gespräch folgen sollte, meinte Bundesrat Kaspar Villiger: «Ich werde dich zwar nicht überzeugen können, aber du wirst nach unserem Gespräch auf einem höheren Niveau verunsichert sein.»

Als in der Fraktion der Präsident feststellen musste, dass zu einem Geschäft keine (Druck-)Fahne vorlag, meinte der freisinnige Berner Nationalrat Jean-Pierre Bonny: «Wir haben schon eine Fahne, aber vielleicht nicht die, die er meint!»

Von der «Seefahrernation Schweiz» sprach Ständeratspräsidentin Josi Meier (LU, cvp.), als der Ständerat das Geschäft «Förderung der schweizerischen Hochseeflotte» zu beraten hatte.

«Wir, die nahe der mongolischen Grenze wohnen», positionierte sich der Ostschweizer Ständerat Ernst Rüsch (SG, fdp.) in seinem Votum zur Mengenbegrenzung im Rebbaubau, um sich aus dieser Warte «in den welschen Bürgerkrieg» einzumischen.



Kämpferische Schwyzer: Anspruch auf dritten Sitz

Geschlossen und entschlossen steigt die Liberale Volkspartei (LVP) des Kantons Schwyz mit einem Dreier-Team in die Regierungsratswahlen vom 5. April 1992. Mit dem Anspruch auf einen neuen dritten Sitz in der künftigen Regierung hat sie den Wahlkampf bereits nach den Herbstwahlen 1992 eröffnet. Die Delegiertenversammlung vom 24. Januar 1992 in Brunnen hat die Marschrichtung der Parteileitung nun bestätigt.

Den Schwyzer Liberalen war dieser wichtige Tag, der 24. Januar, nicht gleichgültig. Sie kamen in grossen Delegationen und füllten die Aula in Brunnen bis auf den letzten Platz. 230 Personen erlebten «live» die Spannung einer Kandidaten-Nomination und die zündenden Worte des FDP-Parteipräsidenten Franz Steinegger, der übrigens die LVP des Kantons Schwyz gleichzeitig als Lichtblick in der schweizerischen FDP-Politik darstellte.

Argumente für Dreier-Liste überzeugten

Engagiert und fair wurde zuerst die Frage der Kandidaten-Anzahl diskutiert. Dem Vorschlag der Parteileitung auf ein starkes Dreier-Team mit dem erklärten Anspruch auf drei Regierungssitze stand der Antrag einer Fünfer-Liste für drei

Sitze gegenüber. Die Argumente für die Dreier-Liste überzeugten schliesslich. Mit ihrem Anspruch auf einen dritten Sitz hat die Delegiertenversammlung den durch die Par-

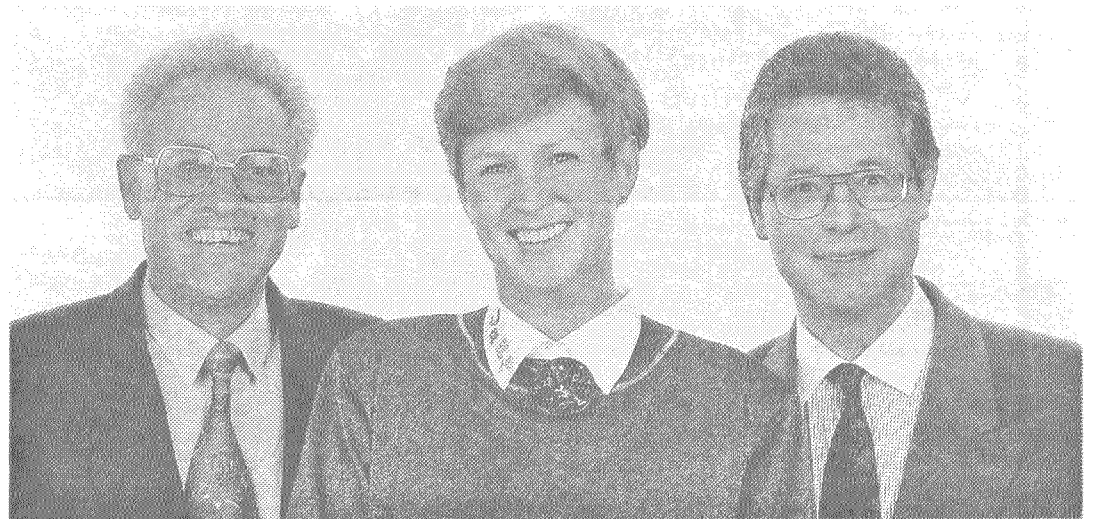
teileitung angekündigten Wahlkampf definitiv eröffnet. Indem sie den Wählerinnen und Wählern aus einer vorzüglichen Kandidatenauswahl ein Dreier-Team präsentiert, nehmen die Delegierten aber auch ihre Führungsaufgaben entschlossen wahr. Diese offene und klare Haltung der LVP wird die Wählerinnen und Wähler überzeugen.

Gutes Team

Die Delegiertenversammlung hat eine starke und überzeugende Dreier-Liste gestaltet, die auch ein hochgestecktes Anforderungsprofil erfüllt.

- Dr. Egon Bruhin, bisheriger Regierungsrat, überblickt als Jurist die komplizierten rechtlichen Zusammenhänge in der Gesetzesflut unserer Demokratie.
- Richard Camenzind ist als Unternehmer und Präsident des Handels- und Industrievereins führungsstark und entscheidungsfreudig. Die Regierung braucht solche Qualitäten.
- Rita Hediger erachtet als Bäuerin und Kantonalpartei-sekretärin die gemeinsame politische Arbeit von Männern und Frauen als wichtig und notwendig.

Mit unterschiedlicher Ausbildung, Vergangenheit und Erfahrungen, womit sich die liberalen Kandidaten hervorragend ergänzen, steigt ein erfolgversprechendes LVP-Dreier-Team in die Wahl vom 5. April 1992. □



Die Liberalen schicken ein starkes Team in den Wahlkampf: Dr. Egon Bruhin, Lachen, Rita Hediger, Steinen, und Richard Camenzind, Gersau.

Neat: Unheimliche Allianz

Das Referendum gegen die neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) ist dank 6000 Unterschriften des Felix Böhi (Initiant zweite Strassentunnelröhre) zustande gekommen. Das macht sichtbar, was man bis anhin kaum für möglich hielt: die Neat-Gegner schliessen in letzter Not unheimliche Allianzen mit ihren politischen und ideologischen Gegnern.

**Geschäftsleitung
FDP Uri**

Böhis Absichten sind klar: Er will einen zweiten Strassentunnel am Gotthard, denn das

und ein 40-Tonnen-Korridor sind die realen Folgen, wenn die Neat-Vorlage abgelehnt wird.

Das ist ein Missbrauch der Urner Unterschriften! Bezeichnend ist auch, dass die Urner

Neat-Gegner von einer «falschen Linienführung» reden – obwohl die Linienführung gar nicht bekannt ist und es beim Neat-Beschluss gar nicht darum geht.

Auch das ist eine Irreführung. Damit sind all jene verschaukelt worden, denen man beim Unterschriftensammeln vormachte, man sei zwar nicht gegen die Neat, aber gegen deren Linienführung.

Das Urner Volk ist für die Umlagerung des Gütertransitverkehrs auf die Schiene, für eine umweltschonende Linienführung und gegen eine zwei-

te Strassentunnelröhre am Gotthard. Die Verlagerung des Gütertransitverkehrs auf die Schiene wird jedoch nur durch eine Neat ermöglicht.

Wir fordern den Urner Regierungsrat auf, mit den politischen Kräften, die sich für eine mitweltgerechte Neat aussprechen, eine Diskussion über den Planungsstand einzuleiten und eine entsprechende Informationsveranstaltung zu organisieren. Wir wachen kritisch, dass die Hauptanliegen Uri erfüllt werden. Mitmachen und Mitplanen sind aber nur möglich, wenn die Neat gebaut wird, nicht, wenn sie mit Hilfe der Autolobby verhindert wird. □